

Paul Alexander

Woran krankt Afrika ?

Ein Vortrag aus den Jahren 1995-2002

I. Einführung

In der Zeit von 1968 bis 1992 war ich in der deutschen staatlichen Entwicklungshilfe als Agrarökonom und Volkswirt tätig. Ich bereiste in dieser Zeit etwa 20 Länder Afrikas, 6 Länder Lateinamerikas und 3 Länder Asiens. Am längsten hielt ich mich in den Ländern Elfenbeinküste, Kenia und Marokko auf. Meine Aufgabe bestand überwiegend in der Planung von neuen Projektvorhaben und der Fortschrittskontrolle von laufenden Projekten im Agrarsektor, aber auch in der Beratung der Landwirtschaftsministerien vor Ort.

Nach anfänglich fester Anstellung machte ich mich 1975 selbständig, war also freiberuflich tätiger Berater. Meine Auftraggeber waren neben dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) vor allem die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Eschborn und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt am Main.

Über die während meiner Arbeit gemachten Erfahrungen veröffentlichte ich unter dem ‚Pseudonym‘ meiner Vornamen zwei Taschenbücher

- Paul Alexander: Der Trost des Entwicklungshelfers Frankfurt/Main 1987,
- Paul Alexander: Heimat oder Asyl? Ulm/Donau 1992.

Im Jahre 1993 beendete ich nach rund fünfundzwanzigjährigem Einsatz meine Tätigkeit in der Entwicklungshilfe. Bis in das Jahr 2002 hielt ich aber noch eine Reihe von Vorträgen zur Entwicklungspolitik. Insgesamt waren es ziemlich genau 100 Vorträge, davon 58 an der Fridtjof- Nansen-Akademie für politische Bildung, Ingelheim am Rhein, dessen Leiter Dr. Peter Becker regelmäßig Schulungs-Seminare für Abiturienten veranstaltete, die sich das Thema ‚Entwicklungshilfe‘ als Prüfungsfach in den Fächern Geographie oder Sozialkunde ausgewählt hatten.

Am 8. Juni 2002 hielt ich an besagter Akademie für politische Bildung meinen Abschiedsvortrag.

Wie üblich kamen zu dem Seminar, an dem ich letztmals mitwirkte, zwei Abiturklassen aus Gymnasien von Rheinland-Pfalz mit ihren Lehrern für Geographie bzw. Sozialkunde. Daneben waren Teilnehmer anwesend – meist Lehrer und Dozenten -, die regelmäßig Treffen mit Vertretern aus Ruanda organisierten, dem Land, mit welchem das Bundesland Rheinland-Pfalz eine Länderpartnerschaft unterhielt. Insgesamt waren etwa 60 Teilnehmer anwesend.

Meinen Vortrag begann ich natürlich mit einem Lob.

II. Vortrag

Es ehrt Sie, dass Sie sich nicht nur mit Ihren eigenen Problemen – etwa mit Ihren künftigen Berufsaussichten – beschäftigen, sondern auch mit den Sorgen und Nöten der Völker der sogenannten ‚Dritten Welt‘.

Die ‚Dritte Welt‘ ist heute zu einem sehr schillernden Begriff geworden, denn er umfasst sehr unterschiedliche Länder:

- Länder, die uns bereits erhebliche wirtschaftliche Konkurrenz machen, wie z.B. Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur,
- Länder des ehemaligen Sowjet-Imperiums, die uns noch vor wenigen Jahren mit ihrem atomaren Drohpotential in Angst und Schrecken versetzten,
- die sogenannten ‚Schwellenländer‘, einige unter ihnen – wie Argentinien und Uruguay - galten nach dem II. Weltkrieg für einige Jahre sogar als Wohlfahrtsstaaten,
- und die heute ärmsten Länder.

Letztere werden im jährlichen Entwicklungsbericht der Weltbank als ‚Least Developed Countries‘ (LDC) bezeichnet. Der größte Teil dieser Länder liegt heute in Afrika, dem Kontinent mit dem wir uns jetzt beschäftigen wollen.

Das Wort ‚Entwicklungsland‘ wäre ohne die Existenz der schwarzafrikanischen Völker wahrscheinlich nie geprägt worden. Das Verhältnis zu diesen Völkern war schon immer von großer Überlegenheit – um nicht zu sagen: Überheblichkeit – des ‚weißen Mannes‘ geprägt. Wie nannten wir beispielsweise in Deutschland die Schwarzafrikaner in früherer Zeit?

Schon während des Vortrags stellte ich wiederholt Fragen an meine Zuhörer, um den Vortrag lebendiger zu gestalten und um die Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken. Auf obige Frage erhielt ich meist als Antwort ‚Neger‘ oder ‚Nigger‘. Die richtige Antwort aber lautete: ‚die Wilden‘. Ich verwies auf ein Wirtshausschild aus dem 18. Jahrhundert, das ich im Elsass gesehen hatte: ‚Zum wilden Mann‘. Darauf war ein Afrikaner im Baströckchen dargestellt.

Was wollte man mit dem Begriff ‚die Wilden‘ ausdrücken? Man wollte damit ganz einfach Völker ohne Kultur bezeichnen. Also ganz so, wie die stolzen Einwohner der antiken griechischen Stadtstaaten Athen und Sparta manche angrenzenden Völker – etwa die Makedonier – als ‚Barbaren‘ titulierten. Auch sie meinten damit: Völker ohne Kultur.

Das gesteigerte Interesse Europas an Afrika begann mit dem 19. Jahrhundert. Zwei einflussreiche Gruppen dominierten von vornherein dieses gesteigerte Interesse:

- Die europäischen Großmächte England, Frankreich und Deutschland, aber auch Portugal, Spanien und Italien griffen nach dem afrikanischen Kontinent, um sich in ihrem Hegemonialstreben einen ausreichenden Einfluss auch in diesem Teil der Erde zu sichern, vor allem aber an den etwaigen Rohstoff- und Energiequellen zu partizipieren.
- Die Kirchen in den europäischen Ländern errichteten in Afrika zahlreiche Missions-Stationen. Ihre Tätigkeit bestand nicht nur in der Christianisierung, sondern auch in der medizinischen Versorgung, dem Schulunterricht, der Ausbildung in Handwerksberufen. Über viele Jahrzehnte hinweg leisteten die Kirchen einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung auf dem schwarzen Kontinent.

So hatte der Europäer für die Völker Schwarzafrikas von vornherein ein Doppelgesicht, einen Januskopf: das eine Gesicht stand für koloniale Unterdrückung, das andere stand für Barmherzigkeit.

So gegensätzliche Standpunkte und Vorgehensweisen beide an den Tag legten, so sehr waren sich beide Einflussgruppen in einem Punkte einig: man darf Afrika nicht mehr sich selbst überlassen.

Für jede der beiden europäischen Einflussgruppen lieferte uns die Geschichte zwei idealtypische Vertreter:

Die Barmherzigkeit vertrat idealtypisch ein Missionar, der schon 1841 als Beauftragter der London Missionary Society nach Südafrika gekommen war. Er bereiste bald den ganzen südlichen Teil des Kontinents und setzte sich vor allem für die vollständige Beseitigung des Sklavenhandels ein, der damals noch immer von einigen arabischen Machthabern ausging. In Europa hatte die öffentliche Meinung schon Jahrzehnte früher zu einer Ächtung des Sklavenhandels geführt. Er war dort seit 1830 allgemein verboten worden.

Wem ist dieser engagierte Kämpfer gegen die Reste des Sklavenhandels bekannt?

Sehr selten wussten Schüler den Namen David Livingstone zu nennen. Manchmal wurde Albert Schweitzer genannt, aber der lebte ja 100 Jahre später.

David Livingstone stand ein Mann gegenüber, der als idealtypischer Vertreter kolonialen Machtanspruchs gelten konnte. Er war amerikanischer Journalist, bereiste gleichfalls Afrika, hatte dort im Jahre 1871 Livingstone aufgesucht, der damals als verschollen galt. Er organisierte eine großangelegte Expedition zur Erforschung des Äquatorialen Afrika. Sie begann 1874 an der ostafrikanischen Küste, führte über den Victoria-See ins Kongobecken und folgte dem Kongo bis zur Mündung in den Atlantik. Den Atlantik erreichte die Expedition erst nach drei Jahren, also 1877. Unter etwa einem Dutzend Europäern, die an der Expedition teilnahmen, blieb besagter Journalist der Einzige, der den Atlantik lebend erreichte und war damit der erste Weiße, dem es gelang, den afrikanischen Kontinent von Ost nach West zu durchqueren. Wer kennt seinen Namen?

Auch der Name Henri Morton Stanley war kaum einem Schüler geläufig.

Stanley war es, der dem belgischen König Leopold II. vorschlug, das gesamte Kongobecken in Besitz zu nehmen, was dieser akzeptierte und zwar zunächst als Privatbesitz des Königs. Erst 1908 übertrug Leopold II. diesen Besitz an den belgischen Staat.

Immerhin musste der Besitzanspruch Leopolds II. die Anerkennung der anderen europäischen Mächte erhalten. In diesem Zusammenhang fand eine wichtige Konferenz statt, welche zugleich die Grundlage für die Aufteilung des afrikanischen Kontinents unter den europäischen Mächten lieferte. Wann und wo und unter wessen Vorsitz fand diese Konferenz statt?

Hin und wieder wussten Schuler die richtige Antwort: Die Kongokonferenz 1885 in Berlin unter Vorsitz von Reichskanzler Otto von Bismarck.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts interessierte sich noch eine dritte Gruppe aus Europa für den Schwarzen Kontinent. Es waren einmal Künstler des Kubismus und Expressionismus, welche die herausragenden Leistungen schwarzafrikanischer Stämme auf dem Gebiet der bildenden Kunst erkannten und dem europäischen Publikum näherbrachten. Des weiteren Ethnologen, die aufgrund sorgfältiger Studien den Nachweis führten, dass es sich bei den Völkern Schwarzafrikas keineswegs um Völker ohne Kultur handelte. Führend unter den deutschen Ethnologen war Leo Frobenius, der in der Zeit von 1904 bis 1930 in Afrika forschte. Über Frobenius sagte der erste Präsident des Senegal, Leopold Senghor: ‚Nul mieux que Frobenius ne révéla l’Afrique au monde et les Africains à eux- mêmes.‘ In diesem Zusammenhang sagte er über Frobenius noch: ‚Er gab uns unsere Würde wieder.‘

Der Name Leo Frobenius war den Schülern allgemein unbekannt.

Kennzeichnend für diese dritte Gruppe war, dass sie Afrika nicht verändern wollten. Sie betrachteten die afrikanischen Völker mit der Neugierde des Künstlers oder Wissenschaftlers dem es genügt, die Vielfalt der Welt zu erkennen und sich daraus für die eigene Arbeit inspirieren zu lassen.

Wir unternehmen nun einen Sprung in die Zeit nach dem II. Weltkrieg, in dessen Folge die allermeisten Staaten Afrikas ihre nationale Unabhängigkeit erhielten, wodurch die Epoche des Kolonialismus auf diesem Kontinent zugleich ihr Ende nahm.

Frage: Wann erhielten die meisten afrikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit?

Die richtige Antwort wurde öfters gegeben: In der Zeit von 1960-1963 erhielten die unter französischer und englischer Kolonialherrschaft stehenden Länder ihre Unabhängigkeit. Mit einigem Abstand folgten Mitte der siebziger Jahre die portugiesischen Kolonien Angola, Mosambik, Guinea Bissau und São Tomé e Recife.

Nahezu gleichzeitig mit der Unabhängigkeit begann das, was als Entwicklungshilfe in die Geschichte eingehen sollte: ein großangelegtes Förderprogramm zugunsten der ehemaligen Kolonialländer finanziert durch die europäischen und nordamerikanischen Staaten. Dieser Vorgang stellte ein Novum in der Menschheitsgeschichte dar.

Frage: Was sollte die Entwicklungshilfe sein, oder anders ausgedrückt: Unter welchem Slogan wurde die Entwicklungshilfe der westlichen Länder angeboten?

Nicht selten fiel es den Schülern schwer, auf diesen Slogan zu kommen. Er war wohl schon zu sehr abgegriffen worden, um noch an ihn zu denken, nämlich: ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘.

Der Grundsatz der ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ war im Rahmen der Entwicklungshilfe von Anfang an allgemein akzeptiert worden. Zumindest in den öffentlichen Verlautbarungen. Was bedeutete er aber konkret für die schwarzafrikanischen Völker?

Als Ausgangslage haben wir festgestellt, dass diese Völker durchaus über Kultur verfügten. Sie verfügten aber nicht über die Hochkulturen, wie sie etwa in Europa, Ägypten, Indien, China und Japan entstanden waren. Sie waren vielmehr als Kleinkulturen zu bezeichnen. Ein besonderes Merkmal der Kleinkulturen war, dass sie keine eigene Schrift entwickelt hatten und infolgedessen auch keine wissenschaftliche Forschung, insbesondere keine naturwissenschaftliche. Daher war auch ihre Technologie in der Gütererzeugung auf sehr einfachem Niveau verblieben.

Für die Länder Afrikas galt es nach 1960 also vor allem, einen technologischen Aufholprozess großen Stiles in Gang zu setzen. Es galt dabei nicht etwa, unsere westliche Kultur zu diesem Zweck unter Preisgabe der eigenen kulturellen Identität zu ‚übernehmen‘. So etwas konnte mit der westlichen ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ auch nicht gemeint sein. Ein technologischer Aufholprozess unter Wahrung der eigenen kulturellen Identität ist grundsätzlich möglich, wie das Beispiel Japans, Chinas, Indiens und anderer Länder außerhalb des westlichen Kulturkreises belegt.

Was nun das Tempo dieses technologischen Aufholprozesses betraf, so standen die Länder Afrikas nach 1960 unter einem besonderen Zeit- und Erfolgsdruck. Denn schon in den Jahrzehnten zuvor, hatte die Bevölkerung des afrikanischen Kontinents begonnen, in einem bisher nicht gekannten Maße zu wachsen, nämlich mit Raten zwischen 2 und 4 % p.a. Dies war vor allem das Ergebnis der von den Kolonialmächten geleisteten Gesundheitsvorsorge, die insbesondere zu einem deutlichen Rückgang der Säuglingssterblichkeit beigetragen hatte.

Sollte sich die Versorgungslage der Bevölkerung dieses Kontinents nicht sukzessive verschlechtern, musste die Produktion um mehr als 4 % jährlich steigen. Dies ging nun nicht mehr

durch simple Produktionsausweitung auf der Basis der bisherigen Technologie. Es mussten vielmehr in großem Umfang Innovationen im Wirtschaftsleben realisiert werden, also die Einführung von Produktionsverfahren mit höherer Produktivität und die Erschließung weiterer Absatzmärkte für neue Produkte, aber beides zugleich unter der Bedingung einer langfristigen Sicherung der Ressourcen.

Was bedeutete dies im Afrika der sechziger Jahre?

Im traditionellen Sektor der kleinbäuerlichen Landwirtschaft bedeutete dies vor allem zweierlei:

- Abkehr vom überkommenen Wanderfeldbau mit seiner bereits damals verbreiteten Übernutzung der Böden, da die für den Wanderfeldbau erforderlichen Bracheperioden längst nicht mehr eingehalten werden konnten. Erforderlich war daher der Übergang zu einer permanenten Bodennutzung mit gezielten Methoden zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit.
- Abkehr von der überkommenen Form der Nutzung von Naturweiden. Hier hatte das Herdenwachstum längst zu einer fortschreitenden Zerstörung der Naturweiden durch Überstockung mit Viehherden geführt. Gleichzeitig sank die Produktivität hinsichtlich der Erzeugung von Fleisch und Milchprodukten. Der Ausweg konnte nur im Übergang zu einer geregelten Weidewirtschaft unter Vermeidung jeglicher Überstockung mit Vieh bestehen, Verbesserung der Naturweiden und Verbesserung des genetischen Potentials der Viehherden. Hinzukommen musste die permanente Stallhaltung für Teile des Nutzviehs.

Im sogenannten ‚modernen Sektor‘ der Wirtschaft, also den landwirtschaftlichen Großbetrieben sowie der gewerblichen und industriellen Produktion galt es, sowohl auf den Binnenmärkten wie im Export zu einer größeren Diversifizierung der Produktion zu kommen. Sowohl die Produktbreite als auch die Produktionstiefe mussten gesteigert werden. Was versteht man unter Produktionstiefe?

Den Schülern war der Begriff ‚Produktionstiefe‘ meist unbekannt. Einige errieten aber dennoch, worum es dabei ging: die Verarbeitung der lokalen Rohstoffe zu Halb- und Fertigfabrikaten.

Auf der Grundlage eines simplen Exports von Rohstoffen konnten die Länder Afrikas die rasch wachsende Bevölkerung nicht ernähren, geschweige denn dieser einen bescheidenen Wohlstand verschaffen. Es galt vielmehr die Veredelung der lokalen Rohstoffe aus der Landwirtschaft, der Holzwirtschaft und dem Bergbau durch Weiterverarbeitung maximal zu steigern. Nur auf dieser Basis waren die westlichen Länder reich geworden.

Wie der Slogan von der ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ schon besagte, musste die ‚Selbsthilfe‘ bei diesem gewaltigen Innovationsprozess im Mittelpunkt stehen, von außen konnte lediglich die ‚Hilfe‘ ergänzend hinzutreten.

Diese Selbsthilfe musste angesichts der Größe der Aufgabe und des Zeitdrucks, unter der ihre Lösung stand, zu einem umfassenden gesellschaftlichen Dynamisierungsprozess führen, eine Umwandlung hin zu dem, was wir ‚Leistungsgesellschaft‘ nennen. Voraussetzung hierfür war aber eine geistige Umorientierung. Was zu machen ist, muss vorher in den Köpfen stecken, es muss gewollt sein. Etwas pathetischer ausgedrückt: es müssen Tugenden entwickelt werden. Goethe bezeichnete die Tugend, als ‚das wahrhaft Passende in jedem Zustande‘. Diese Begriffsbestimmung ist in ihrer schlichten Direktheit deshalb so hervorragend geeignet, weil sie Tugend nicht als etwas isoliert Dastehendes definiert, sondern als etwas, das erst durch seine praktische Anwendung Wert gewinnt. Denn erst hierbei erweist sich das ‚wahrhaft Passende‘.

Es stellt sich nun die Frage: Welcher Bevölkerungsteil war in den tradierten afrikanischen Gesellschaften in erster Linie aufgerufen, diese Tugenden zu entwickeln, sprich: Beim Übergang zur Leistungsgesellschaft voranzugehen?

Es war erstaunlich, festzustellen, wie selten die Schüler die Antwort gaben: die Führungsschicht, die politisch Verantwortlichen oder die Eliten seien in erster Linie aufgerufen gewesen, den Entwicklungsprozess anzuleiten. Es zeigte sich in den Antworten der Schüler vielmehr, wie demokratisch und egalitär und geradezu antiautoritär unsere Gesellschaft bereits geworden war. Sagte doch vor Jahren der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder bei einem Auftritt in der Fernsehsendung ‚wetten, dass‘, er sähe seine Aufgabe als Kanzler eher in einem Moderieren dessen, was politisch geschehen solle, als in einem Anordnen.

Es musste den Schülern erst einmal verdeutlicht werden, in welchem hohem Maße die politischen Führenden, die Eliten in den tradierten Gesellschaften Afrikas in jeder Hinsicht im Vordergrund standen, autoritär regierten und folglich auch weit mehr als in unseren westlichen Gesellschafts- Ordnungen bei der Durchsetzung von Neuerungen beispielgebend voranzugehen hatten.

Wie wurde nun zu Beginn des großen Vorhabens der Entwicklungshilfe, also während der sechziger Jahre die Dauer eingeschätzt, deren die Länder Afrikas wohl bedürfen würden, um den technologischen Aufholprozess zu schaffen?

Ich erinnere mich noch sehr gut an die Ansicht, die ein Studienfreund von mir hierbei vertrat. Er hatte gerade das Material für seine Dissertation über Organisationen im Agrarsektor ausgewählter afrikanischer Staaten während eines einjährigen Aufenthaltes in diesen Ländern gesammelt. Er sagte mir nach Abschluss seiner Dissertation, die ihm ein hervorragendes Entree für eine anschließende Karriere in der Entwicklungshilfe verschafft hatte, er sähe für eine solche Karriere wenig Erfolgchancen, denn innerhalb der nächsten zehn Jahre würden die Eliten in diesen Ländern alle maßgeblichen Führungsstellen selbst einnehmen und unsere Hilfe, zumindest in personeller Hinsicht, sei dann nicht mehr erforderlich.

Dies war nun eine sehr optimistische Einschätzung der Lage in Afrika. Immerhin wurde sie von jemand geäußert, der sich ein Urteil aus praktischer Erfahrung erlaubte. Die Pessimisten vertraten damals die Ansicht, der technologische Aufholprozess würde eine ganze Generation in Anspruch nehmen, also etwa 30 Jahre. Dass sich aber nach 40 Jahren die Situation der allermeisten afrikanischen Staaten gegenüber den sechziger Jahren nicht verbessert haben würde, sondern in Anbetracht des ungebremsten Bevölkerungswachstums zwischen 2 und 4 % p.a., verbunden mit einem dramatischen Raubbau an den natürlichen Ressourcen, deutlich verschlechtert sein würde, ein solch negatives Bild – das der heutigen Realität entspricht - wagte damals keiner an die Wand zu malen.

Wie erklärt sich dieses Scheitern? War es ein Scheitern der ‚Selbsthilfe‘ oder ein Scheitern der ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘, also unserer westlichen Entwicklungshilfe? Dies zu erklären, ist der Zweck meines Referats. Ich gehe dabei von meinen in über zwanzig Jahren gesammelten praktischen Erfahrungen aus und konzentriere mich auf das Wesentliche.

Wie schon ausgeführt musste die ‚Selbsthilfe‘ im Zentrum aller Aktivitäten stehen, welche den großen gesellschaftlichen Dynamisierungsprozess hin zur Leistungsgesellschaft bewirken sollte.

Des Weiteren sagte ich Ihnen, dass dabei ganz selbstverständlich und notwendig die Eliten der afrikanischen Länder in ganz besonderer Weise aufgerufen waren, diesen Prozess zu initiieren und anzuleiten. Nur sie kamen dafür in Frage. Sie hatten die Macht in Händen und sie trugen folglich auch das Risiko falscher Machtanwendung. In der Situation, in der sich ihre Länder nach Erringen der Unabhängigkeit befanden, mussten sie vor allem in zwei Bereichen tätig werden:

- als private, d.h. auf eigenes Risiko wirtschaftende Unternehmer, um die inländische Produktion im modernen Sektor ihrer Länder, die schon während der Kolonialherrschaft begonnen hatte, maximal zu steigern und durch Innovationen immer wettbewerbsfähiger zu machen.
- als Ordnungspolitiker in der staatlichen Verwaltung, um dort vor allem zwei Dinge durchzusetzen: Rechtsstaatlichkeit und funktionierenden Wettbewerb.

Beide Bereiche waren eng mit einander verbunden. Wer wollte schon als privater Unternehmer Geld in eine Fabrikanlage investieren, wenn er nicht die langfristige Sicherheit vor Enteignung durch den Staat oder der Erpressung durch kriminelle Banden und Organisationen hatte? Und wer wollte sich anstrengen und mit Leistung hervortreten, wenn ein funktionierender Wettbewerb auf den Märkten nicht gewährleistet war, sondern der Mächtigere und politisch Einflussreichere den Leistungsfähigeren unfair behindern oder gar ganz aus dem Wettbewerb auszuschließen vermochte? Es war klar: in diesen beiden Bereichen, leistungsorientiertes privates Unternehmertum und rechtstaatliche Ordnungspolitik, würde sich das Schicksal der ‚Selbsthilfe‘ entscheiden und damit zugleich das Schicksal der ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘, denn letztere konnte nicht erfolgreich sein, solange nicht zuvor die ‚Selbsthilfe‘ einen erfolgreichen Weg eingeschlagen hatte.

Einer solchen erfolgreichen Politik in Wirtschaft und Gesellschaft stand jedoch das tradierte Selbstverständnis der Eliten entgegen und dies in besonderem Maße.

Das tradierte Verständnis des afrikanischen Chefs – und hierin gab es zwischen den arabischen und schwarzafrikanischen Chefs keine prinzipiellen Unterschiede – zeichnete sich vor allem durch folgende Verhaltensweisen aus:

- Ein Desinteresse an ausführender Arbeit und ihrer Technologie.

Diese Verhaltensweise hatte Ähnlichkeit mit jener der antiken griechischen und römischen Eliten. Ausführende Arbeit war für sie Sklavensache und interessierte den Herrn nicht. So blieb während der Antike die Technologie exekutiver Arbeit über Jahrhunderte hinweg in etwa gleich, und dies, obwohl schon die griechischen Eliten bahnbrechende Erkenntnisse in Mathematik und Physik hatten. Es kam ihnen aber nicht in den Sinn, diese zur Rationalisierung ausführender Arbeit einzusetzen.

- Ein starkes Interesse an der Monopolisierung der Macht.

Der tradierte Chef teilt seine Macht ungerne mit anderen. Sein Streben ist stets auf Monopolisierung der Macht gerichtet. Wirtschaftliche und politische Macht bilden hierbei eine Einheit.

Es versteht sich von selbst, dass solche überkommenden Verhaltensweisen bei der Schaffung einer modernen Leistungsgesellschaft extrem hinderlich waren. Um also die ‚Selbsthilfe‘ der jungen afrikanischen Staaten zum Erfolg zu führen, musste sich die Denkweise der afrikanischen Eliten gründlich verändern. Nun konnte man aus historischen Beispielen - gerade auch aus dem afrikanischen Raum - die Tatsache belegen, dass die tradierten Eliten sehr wohl in der Lage waren, ihr Verhalten zu ändern, wenn nur der Zwang der Verhältnisse einen ausreichenden Druck ausübte.

Dieser Druck fehlte aber in dem entscheidenden Augenblick nach Erringung der nationalen Unabhängigkeit zu Beginn der sechziger Jahre völlig, denn er wurde ihnen von den westlichen Geberländern, die nun die Entwicklungshilfe-Programme starteten von vornherein genommen.

Ich erinnere mich noch lebhaft, wie sich die englische Kolonialmacht erbittert gegen die Mau-Mau- Aufstände in Kenia Anfang der fünfziger Jahre zur Wehr setzte. Ihr Anführer Jomo Kenyatta wurde von den Engländern gefangen gesetzt und in England interniert. Mit besonderem Interesse verfolgte ich als Schüler diese Vorgänge in den Wochenschauen, die man damals regelmäßig beim Kinobesuch zu sehen bekam. Aber schon wenige Jahre später, als ich mein Studium gerade beendete, hatte sich die Situation in Afrika völlig verändert. Die ehemaligen Kolonialmächte liefen sich nun beim Anbieten von wirtschaftlicher und technischer Hilfe gegenseitig den Rang ab. Hinzu kamen die USA – Präsident Kennedy hatte das sogenannte Peace-Corps ins Leben gerufen - , aber auch weitere nicht- koloniale westliche Länder, wie Deutschland, die Schweiz und die skandinavischen Länder, hatten es alle eilig, ihre Hilfe anzubieten. Auch internationale Organisationen wie die schon 1945 ins Leben gerufene ‚International Bank for Reconstruction and Development‘ (Weltbank), wurden mit der Aufgabe der Entwicklungshilfe betraut.

Für die afrikanischen Eliten kam diese Entwicklung einigermaßen überraschend. Sie akzeptierten sie aber sogleich, ohne sich der Tatsache bewusst zu werden, dass diese Hilfsangebote sie vom Wichtigsten ablenkten, nämlich vom grundlegenden Umdenken in Richtung Leistungsgesellschaft. Dieser dornenreiche Weg schien jetzt vermeidbar, und so wurde ganz übersehen, dass es allein dieser dornenreiche Weg gewesen wäre, der sie zur erfolgreichen ‚Selbsthilfe‘ hingeführt hätte und dass eine ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ des Auslandes ins Leere gehen musste, wenn von ihnen, den Eliten, nicht zuvor die Selbsthilfe in ihren Ländern erfolgreich auf den Weg gebracht wurde.

Auch die westlichen Geberländer der Entwicklungshilfe mussten sich eigentlich der Voraussetzungen einer erfolgreichen Hilfe bewusst sein. Aber wie so oft in der Geschichte: der herrschende Zeitgeist ließ es nicht zu, die Situation nüchtern und vorurteilslos zu überblicken. Der westliche Zeitgeist war damals in sich gespalten. Dies war ‚im Westen nichts Neues‘, denn – wir erinnern uns – schon im 19. Jahrhundert war die westliche Welt den Afrikanern als Januskopf erschienen: das eine Gesicht stand für koloniale Unterdrückung, das andere für christliche Barmherzigkeit. Auch beim Beginn der Entwicklungshilfe hatte der Westen sein Doppelgesicht behalten, nur hatten beide Gesichter ein neues Aussehen gewonnen. An die Stelle von kolonialer Unterdrückung waren die westlichen Exportinteressen getreten. Die christliche Barmherzigkeit in Gestalt der Missionsstationen war zwar nicht völlig verschwunden, trat aber stark in den Hintergrund. Das zweite Gesicht des Januskopfes trug jetzt die Züge der – politisch überwiegend linksstehenden - Vordenker und Macher der Entwicklungshilfe.

Beide Einflussgruppen, die westlichen Exportinteressen wie die linksgerichteten Vordenker, standen sich politisch eher verfeindet gegenüber. In ihrer negativen Wirkung auf die ‚Dritte Welt‘ hoben sie sich nicht etwa gegenseitig auf, vielmehr mussten beide negative Wirkungen addiert werden.

- Die Vordenker

Nach Ende der Kolonialzeit wollten die westlichen Vordenker der Entwicklungs-Zusammenarbeit den jungen Eliten der unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten mit einer demonstrativen Absetz- Bewegung gegen den Kolonialismus begegnen. Da die Kolonialstaaten ‚kapitalistische‘ Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme vertraten, schien nichts geeigneter, mit den afrikanischen Eliten Freundschaft zu schließen, als ihnen mit betont antikapitalistischem, sprich: sozialistischem Ideengut die Entwicklungswege ihrer jungen Volkswirtschaften aufzuzeigen.

Die Vordenker befanden, Afrika müsse die ‚Fehlentwicklungen des Kapitalismus‘ möglichst vermeiden, privatunternehmerisches Denken sei dem afrikanischen Wesen ohnehin fremd – was nicht stimmte - , daher sei die wirtschaftliche Entwicklung von vornherein auf den Aufbau

staatlicher und/oder genossenschaftlicher Organisationen zu gründen. Der Slogan vom ‚Institution building‘ wurde ein gutes Jahrzehnt hindurch in den Vordergrund gestellt. Staatliche und genossenschaftliche Organisationen wurden nahezu ausschließlich als die geeigneten Träger und Ansprechpartner westlicher Entwicklungsprogramme angesehen.

Den afrikanischen Eliten kamen diese Sichtweisen und Entwicklungsprogramme von vornherein sehr gelegen. Denn sie boten ihnen eine vortreffliche Gelegenheit, ihre tradierten, aber entwicklungsfeindlichen Gewohnheiten, nämlich das Desinteresse an ausführender Arbeit und ihrer Technologie, vor allem aber ihre Vorliebe zur Monopolisierung der Macht, ganz unbeschadet in ein scheinbar modernistisches zukunftsweisendes Gewand – als ein solches galt damals vielen in der Welt der Sozialismus – zu kleiden und sich damit der Weltöffentlichkeit als fortschrittlich zu präsentieren.

Tatsächlich trafen sie eine verhängnisvolle Entscheidung: Sie gingen der anstrengenden – aber letztlich einzig erfolgversprechenden Zielsetzung, ihre Völker beim Aufbau einer Leistungsgesellschaft selbst anzuleiten – und zwar in den oben aufgezeigten Funktionen des privaten Unternehmers bzw. des marktwirtschaftlichen Grundsätzen folgenden Ordnungspolitikers – , von vornherein aus dem Wege und verließen sich statt dessen auf die Allmacht staatlicher Apparate, in denen sie aber – und das war ihnen das einzig Wichtige – ihre Macht auf bequeme Weise weiterhin monopolisieren konnten.

So kam es, dass in der Entwicklungspolitik wie auch der entwicklungspolitischen Diskussion über Afrika, privates Unternehmertum, das Wirtschaften auf eigenes Risiko, die Schaffung funktionierenden Wettbewerbs auf den Märkten wie auch die Gewährleistung von Rechtstaatlichkeit Themen waren, die rund 25 Jahre lang ausgeschlossen blieben und erst dann allmählich auf die Tagesordnung kamen, als bereits eine ganze Generation von afrikanischen Eliten in eine Sackgasse geraten war, aus der eine Umkehr nun doppelt schwer fiel.

Zunächst einmal, d.h. seit den sechziger Jahren, waren die afrikanischen Volkswirtschaften dem Aufbau von Zentralverwaltungswirtschaften unterworfen, der Errichtung von Staatsbetrieben im modernen Sektor und der Schaffung eines staatlich kontrollierten Außenhandels. Staatlicher Kontrolle unterlagen auch die zahllosen Kleinbauern bei der Abnahme ihrer Produkte wie auch bei der Versorgung mit Produktionsmitteln (Saatgut, Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel, Zuchttiere, etc.).

Fast zwangsläufig mussten diese Zentralverwaltungswirtschaften politisch durch ein System des Einparteienstaates abgesichert werden. Es herrschten Diktatur und Polizeistaat. Gelegentlich stattfindende Wahlen bestätigten nur die herrschenden Machtverhältnisse, weil die Eliten in der Politik noch weit weniger Wettbewerb zulassen wollten, als auf den Märkten.

- Die westlichen Exportinteressen

Mit den von den afrikanischen Eliten errichteten Zentralverwaltungswirtschaften ließ sich zwar weiterhin die Macht monopolisieren, aber es fehlte einer dergestalt gegängelten Wirtschaft jede Dynamik, die Produktion wäre rasch ins Stocken geraten verbunden mit einer sich dramatisch verschlechternden Versorgungslage der Bevölkerung.

Wie also die dringend gebotene Dynamik herbeischaffen?

Da war ja der Westen mit seinem technischen Knowhow, seinen Exportinteressen und seiner Entwicklungshilfe. Die Vertreter westlicher Exportinteressen waren zwar alles andere als Freunde des Sozialismus, aber sie erkannten sehr rasch, dass es wesentlich leichter war, mit Staatsbeamten und den Direktoren von Staatsbetrieben, die nicht auf eigenes Risiko arbeiten mussten, ins Geschäft zu kommen, als dies bei privaten, auf eigenes Risiko wirtschaftenden Unternehmen der Fall gewesen wäre, die jede Investition genau geprüft und jeden Pfennig dreimal gewendet hätten, ehe sie einen Auftrag zur Anschaffung einer Industrieanlage,

beispielsweise einer Baumwollentkernungsanlage oder einer Anlage zur Zuckerrohr-Verarbeitung an westliche Lieferfirmen vergeben hätten.

Die Minister, Staatssekretäre und Vorstände von Staatsbetrieben, waren aus Gründen, denen wir noch besonders nachgehen müssen, stets sehr rasch zum Bestellen von Industrieanlagen bereit, sofern nur die Finanzierung gesichert war. Und hier scheuten sich nun die Regierungen und der Bankensektor in den westlichen Geberländern nicht, die Exportinteressen der heimischen Wirtschaft massiv mit Exportkrediten und staatlichen Exportversicherungen (in Deutschland trugen sie den Namen HERMES-Bürgschaften) zu unterstützen. Zunächst schienen die afrikanischen Empfängerstaaten beim Einkauf westlicher Produkte unbegrenzten Kredit zu genießen.

Über Jahrzehnte hinweg wurde ‚Entwicklung‘ für die afrikanischen Eliten etwas, das man zu günstigen Bedingungen im Westen - wie in einem Supermarkt - einkaufen konnte. Es genügte, das Eingekaufte zu Hause zu verwalten und dabei keinen politischen Konkurrenten aufkommen zu lassen. Für den Einsatz der - häufig sehr komplizierten - Technologie, die man da im Westen eingekauft und an deren Funktionsweise man aus Tradition desinteressiert war, gab es ja die ‚Heinzelmännchen‘ aus dem Westen, die ganze Industrieanlagen nicht nur schlüsselfertig aufbauten, sondern auch im Rahmen der vom Westen zugesicherten Technischen Hilfe oft über Jahre hinweg funktionsfähig erhielten und einheimisches Personal daran schulten.

Wäre diese Vorgehensweise der afrikanischen Eliten von Erfolg gekrönt gewesen, dann hätten sie es als Erste in der Geschichte geschafft, innerhalb einer Generation den erfolgreichen Sprung von der tradierten Kleinkultur hin zu einem modernen Wohlfahrtsstaat auf der Basis von Hochtechnologie zu tun, ohne sich selbst oder ihre Völker in ihrem tradierten Denken und Verhalten irgendwie zu ändern.

Indessen konnte dort, wo von den Eliten keine oder fast keine ‚Selbsthilfe‘ unternommen wurde, auch eine ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ nicht erfolgreich sein, denn Entwicklung kann ein Volk nur selbst, angeleitet durch die eigenen Eliten, realisieren, nicht aber in einem ausländischen Super-Markt einkaufen.

Nun werden Sie mit Recht die Frage stellen: Haben denn die in ungeheurem Umfange günstig importierten Investitionsgüter und die importierten Dienstleistungen, sprich: die umfassende Schulung und technische Hilfe in nahezu allen Bereichen nicht zu einer echten Entwicklung beigetragen? Des Weiteren die enormen Hilfen finanzieller und technischer Art bei Errichtung einer modernen Infrastruktur im Verkehr- und Gesundheitswesen, wie auch in der staatlichen Verwaltung?

Die Antwort lautet: Zweifellos haben alle die Importe an Gütern und Diensten zur Entwicklung beigetragen, allerdings mit einem nur minimalen Wirkungsgrad, so dass die Güterproduktion in zahlreichen afrikanischen Ländern hinter dem Wachstum der Bevölkerung deutlich zurückblieb, mit anderen Worten: das Pro-Kopf-Einkommen sank im Laufe der letzten 40 Jahre ab, und dies bei einem gleichzeitigen enormen Raubbau an den natürlichen Ressourcen.

Es gilt aber auch dies: kein Kontinent wurde im Laufe der Menschheitsgeschichte derartigen Veränderungen unterworfen, wie der afrikanische Kontinent im Laufe der vergangenen hundert Jahre. Diese gewaltigen Veränderungen begannen bereits während der Kolonialzeit. Man denke nur daran, dass eine Weltstadt wie Nairobi im Jahre 1900 noch gar nicht existierte. Dort wo heute die Hauptstadt Kenias mit rund 1,4 Millionen Einwohnern liegt, wurde im Jahre 1899 ein Materialdepot beim Bau der Uganda-Bahn angelegt. Das war der Beginn von Nairobi. Die Stadt Johannesburg, mit heute fast 2 Millionen Einwohnern (einschließlich der Randgebiete) größte Stadt der Republik Südafrika, begann 1886 als Goldgräbersiedlung und wurde erst 1922 Stadt, usw.

Für den katastrophal niedrigen Wirkungsgrad westlicher Hilfe war aber unmittelbar der Aufbau der staatlichen Zentralverwaltungswirtschaften in den afrikanischen Empfängerländern verantwortlich. Er erlaubte den afrikanischen Eliten ein Ausweichen vor ihrer Aufgabe und ein Wirtschaften auf fremdes Risiko, nämlich zu Lasten des eigenen Staatshaushalts wie auch zu Lasten der Steuerzahler in den westlichen Geberländern.

- Die von staatlichen Funktionären geleiteten Betriebe erwirtschafteten überwiegend Verluste, da diese Funktionäre überwiegend unmotiviert und für ihre unternehmerische Aufgabe keineswegs ausreichend qualifiziert waren. Das Missmanagement staatlicher Betriebe wurde aber nie grundlegend beseitigt, was nur durch eine rigorose Hinwendung zu privater Unternehmerinitiative und zu marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik möglich gewesen wäre. So wurden die Verluste zu Lasten des Staatshaushalts fortgesetzt. Gelegentlich wurden besonders marode Staatsbetriebe aufgelöst und durch neu gegründete Staatsbetriebe ersetzt, die freilich nicht besser wirtschafteten.
- Von hohen Funktionären im Staatsapparat wurden häufig gegen jede wirtschaftliche Vernunft Industrieanlagen und Ausrüstungen nur deshalb im Ausland geordert, weil sie bei der Bestellung massive Schmiergelder für sich selbst aushandeln konnten. Diese Gelder wurden gleich in harter Währung auf Konten der hohen Beamten in westlichen Staaten, bevorzugt in der Schweiz, überwiesen. Manche dieser Anlagen stellten eine so offensichtliche Fehlinvestition dar, dass sie erst gar nicht in Betrieb genommen, oder nach kurzer Zeit stillgelegt wurden. In der Elfenbeinküste beispielsweise versuchte man die Verluste, die beim maßlos überzogenen Aufbau von Verarbeitungskapazitäten für Zuckerrohr entstanden waren, am Ende durch Demontage und Verkauf der Anlagen ins Ausland zu reduzieren.

Durch diese beiden Hauptmerkmale des ‚Wirtschaftens auf fremdes Risiko‘ wurden Milliardenverluste zu Lasten der lokalen Staatshaushalte angehäuft. Bei der geringen Steuerkraft der Bevölkerung in den afrikanischen Staaten waren diese Verluste nur für kurze Zeit im eigenen Staatshaushalt unterzubringen, dann drohte diesen Staaten der Bankrott. Der Staatsbankrott wurde aber stets so gut es ging durch Finanzhilfen der westlichen Geberländer vermieden. Die Hilfe bestand zunächst in Moratorien (Zahlungsaufschüben), gefolgt von Umschuldungsabkommen (Ersatz hochverzinslicher kurzfristig zu begleichernden Schulden durch langfristige zinsgünstige Darlehen). Da auch dies meist nicht ausreichte, musste schlussendlich der Schuldenerlass folgen. Für die afrikanischen Staaten war die Entwicklungshilfe der letzten 40 Jahre folglich von wiederholten großzügigen Schuldenerlassen begleitet.

- Stichwort Korruption

Wir sind hier an einem zentralen Punkt im Verständnis der afrikanischen Misere angelangt: der dominierenden Rolle der Korruption. Sie war in diesem Ausmaß nur möglich durch das Zusammenwirken der Eliten in einem Staatsapparat - der die Wirtschaft durch Staatsgesellschaften mit Monopolcharakter überwuchert hatte - mit den vergleichsweise überwältigenden – will sagen: korrumpierenden – finanziellen Mitteln auf Seiten der westlichen Industriestaaten.

Dieses Phänomen wurde annähernd dreißig Jahre lang im Dunkeln gelassen – denn alles ‚Staatliche‘ genoss während dieser Zeit besonderen Kredit - , und als die verheerenden Ausmaße der Korruption nicht mehr zu übersehen waren, wurde das Wort ‚Korruption‘ in kurzer Zeit als Schlagwort verbraucht, hinter dem man nun alles und nichts verstehen konnte.

In der entwicklungspolitischen Diskussion wurde es - meist mit verzweifelter Geste - als eine zur Mentalität der Völker in der Dritten Welt gehörenden Erscheinung erklärt, gegen die ‚nun mal nichts zu machen‘ sei. Dies war falsch, denn ein Kulturmerkmal dieser Völker ist es natürlich nicht.

Schauen wir uns die Sache genauer an!

Die Korruption wird als Missbrauch politischer Macht zu privaten Zwecken definiert. Mit dieser zweifellos richtigen Definition ist aber die besondere Bedeutung der Korruption in den afrikanischen Ländern noch nicht hinreichend beschrieben.

Hierzu zwei Beispiele aus meiner praktischen Arbeit, welche Ihnen das Problem verdeutlichen können.

Fall 1: Passkontrolle am Flughafen New-Dehli 1969.

Nach der Landung der Maschine bildete sich die übliche Warteschlange der Passagiere vor den Schaltern der Passkontrolle. Ein Beamter hatte die Pässe eingesammelt und sie den Passbeamten an den Schaltern übergeben. Dort lag nun der Stapel an Pässen. Mein bundesrepublikanischer Pass war unter den anderen leicht an seiner grünen Farbe zu erkennen. Als mein Pass an der Reihe war, schlug ihn der Beamte auf, blätterte darin und steckte ihn dann ganz unten in den Stapel. Nun bemerkte ich, dass aus einigen anderen Pässen Geldscheine herausragten. Ein deutscher Geschäftsmann neben mir bemerkte, dies sei hier üblich. Da ich in offizieller Mission ins Land reiste, konnte mich der Beamte nicht weiter diskriminieren, als dass er mich als Letzten abfertigte.

Dies war nun ein Fall, der zur Alltagskorruption zählte und den man bei oberflächlicher Sichtweise als zur Mentalität der Völker der ‚Dritten Welt‘ gehörend erklären konnte. Tatsächlich ist diese Form der Korruption ein Merkmal besonders armer Staaten, die ihren Beamten ein derart niedriges Gehalt bezahlen, dass diese auf Nebenverdienste aller Art angewiesen sind, um leben zu können. Zu jenen armen Staaten gehörte 1969 auch Indien.

Fall 2: Der ‚Cotton Board‘, Kenia 1975

Damals war ich als Berater im kenianischen Landwirtschaftsministerium tätig und für ein paar Monate an den ‚Cotton Board‘ delegiert worden, um für diesen eine neue Preisformel für den Ankauf der Baumwolle auszuarbeiten. Aus dieser meiner Aufgabenstellung wird schon die Funktion des ‚Cotton Board‘ deutlich. Der ‚Cotton Board‘ hatte das staatliche Monopol für Ankauf und Vermarktung der Baumwolle in Kenia. Die Baumwolle wurde von einer Vielzahl von Kleinbauern angebaut, wobei die Beratung und Produktionsmittel-Versorgung der Kleinbauern gleichfalls zu den Aufgaben des Cotton Board zählten. Zu einem vom Cotton Board jährlich festgelegten und in Güteklassen strukturierten Preis hatten die Betreiber der Baumwollentkernungsanlagen (ginneries) den Bauern ihre Baumwolle abzukaufen. Die Ginneries lieferten die Baumwollkerne an lokale Ölmühlen. Die entkernte Baumwolle ging zum größten Teil zu Ballen gepresst in den Export, ein geringerer Teil an lokale Spinnereien. Die Vermarktung lag aber wiederum ganz in der Hand des Cotton Board.

In Kenia arbeiteten damals etwa acht im Lande verteilte Baumwollentkernungsanlagen. Zwei waren im Besitz des Cotton Board, also staatlich, die Mehrzahl aber waren im Eigentum von indischen Kleinunternehmern, deren Vorfahren einmal beim Bau der Uganda-Bahn von der englischen Kolonialverwaltung ins Land geholt worden waren. Sie wirtschafteten also auf eigenes Risiko und dies unter besonders schwierigen Bedingungen. Denn der Preis, den sie den Bauern für die Rohbaumwolle zu zahlen hatten, war vom Cotton Board jedes Jahr neu festgelegt worden, desgleichen der Preis, den der Cotton Board für die entkernte Baumwolle und die Kerne zahlte. Die indischen Unternehmer mussten nicht nur mit dieser festgelegten Spanne

auskommen, sie waren auch hinsichtlich der Anbauförderung für Baumwolle bei den bäuerlichen Betrieben ganz von dem abhängig, was der Cotton Board auf diesem Gebiet an Initiativen entwickelte. Mit diesen war es indessen nicht weit her. Der Baumwollanbau bei den Kleinbauern lag aufgrund ungenügender Anbauförderung landesweit darnieder, und die Ginneries waren im Schnitt nur zu etwa 45 % ihrer Kapazität ausgelastet.

Ich hatte meine Arbeit im Cotton Board erst wenige Wochen aufgenommen, als ich erfuhr, dass der Board trotz der völlig unzureichenden Auslastung der vorhandenen Verarbeitungs-Kapazitäten für die Rohbaumwolle zwei neue Baumwollentkernungsanlagen in den USA geordert hatte. Obgleich es gar nicht zu meiner Aufgabe gehörte, unternahm ich einen Vorstoß beim General Manager des Board. Ich übergab ihm eine Ausarbeitung, in welcher ich ihm vorrechnete, um wie viel die jährlichen Verluste, welche der Board mit seinen beiden im Eigenbesitz befindlichen, aber völlig unausgelasteten Ginneries jetzt machte, künftig ansteigen würden, wenn er in dieser Situation zwei weitere Verarbeitungsanlagen von hoher Kapazität anschaffen würde.

Der General Manager verhielt sich mir gegenüber sehr freundlich – was nicht selbstverständlich war – und erklärte mir in einem Gespräch, ich hätte ja völlig recht mit meinen Überlegungen, aber er könne nicht anders handeln. Die Bauern in der Region X und der Region Y würden unbedingt jeweils eine Ginnery in ihrer unmittelbaren Nähe verlangen, andernfalls wollten sie gar keine Baumwolle mehr anbauen. Zum Beweis überreichte er mir ein paar Ausschnitte aus der Tagespresse, in den von Bauerndemonstrationen zugunsten weiterer Ginneries in ihrer Nähe berichtet wurde.

Tatsächlich waren diese Demonstrationen vom General Manager selbst inspiriert worden. Denn mit der Lieferung der Anlagen waren für ihn und evtl. noch einige Vertraute Schmiergeldzahlungen der Lieferanten in harter Währung auf Auslandskonten vereinbart worden. Mit solchen Schmiergeldzahlungen, die nicht selten 10 bis 30 % des Preises der Anlagen ausmachten, hatte der General Manager ‚Nebeneinnahmen‘ erzielen können, die sein Jahresgehalt um ein Mehrfaches überstiegen.

Im Frühjahr 1975 hatte ich nach getaner Arbeit Kenia wieder verlassen. Im Herbst erhielt ich von einem in Kenia verbliebenen Kollegen die Mitteilung, der General Manager des Cotton Board sei wegen eines Korruptionsfalles entlassen worden. Davon wurde sogar in der Presse berichtet. Wer jedoch glaubte, die öffentliche Behandlung des Falles sei ein Zeichen dafür, dass in Kenia nunmehr energisch gegen Korruption vorgegangen würde, sah sich getäuscht. Der Manager hatte nur seinen Posten an einen anderen abtreten müssen, der nun auch mal an der Reihe sein wollte. Auch der nunmehr seines Postens im Cotton Board enthobene General Manager hatte zuvor einen einflussreichen Posten im Verkehrsministerium innegehabt, den er wegen eines schon dort vorgekommenen Korruptionsfalles hatte räumen müssen. Die Situation blieb also, trotz öffentlicher Behandlung der Fälle, grundsätzlich die gleiche. Es hatte sich nur das Karussell, das möglichst vielen aus dem Kreise der Eliten die Gelegenheit zur Bereicherung auf Staatskosten bringen sollte, wieder ein Stück weit gedreht.

Diese Art der Korruption war aber weit mehr, als der Missbrauch politischer Macht zu privaten Zwecken. Anstatt dadurch reich werden zu wollen, dass man die eigene Bevölkerung in eine rentable Arbeit brachte und diese als private Unternehmer organisierte, oder als Staatsbeamte unternehmerisches Risiko dadurch erfolgreich flankierte, dass man für Rechtstaatlichkeit und funktionierenden Wettbewerb auf den Märkten sorgte, ließen sich die Eliten dafür bezahlen, dass sie ihrer Aufgabe einfach davonliefen. Und diese Aufgabe hieß: Selbsthilfe.

Was ein Großteil der Eliten Afrikas hier unternahm, war ein Verrat an den fundamentalen Interessen der eigenen Nation, des eigenen Volkes. Der Schaden, den sie anrichteten, lag im Versäumen eines ‚guten Regierens‘ und erfolgreichen Wirtschaftens im eigenen Land. Dieser Schaden war natürlich ein Vielfaches dessen, was sich da auf Schmiergeldkonten in der Schweiz angesammelt hatte. Als Erfolgsprämie für gutes Regieren hätte man ihnen diese

Konten gerne gönnen mögen. Freilich wären diese Prämien bei gutem Regieren nicht in der Schweiz, sondern im eigenen Land produktiv investiert worden. Bei gutem Regieren kann die Währung auch eines armen Landes stabil gehalten werden und es gibt dann auch keinen Anlass zur Kapitalflucht aus Angst vor dem Verfall der eigenen Währung.

Tatsächlich hat die Kapitalflucht aus den armen Ländern während der letzten beiden Jahrzehnte enorme Ausmaße angenommen. Sie ist nichts anderes als die Bankrotterklärung der Eliten angesichts ihres Versagens beim Regieren. Europa und Nordamerika haben aber die Kapitalflucht aus den armen Ländern im Zuge der Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs massiv unterstützt, anstatt sie aus diesen Ländern zu unterbinden.

- Weitere schädliche Eingriffe der Eliten

Die private Bereicherung der Eliten bei gleichzeitigem Davonlaufen vor ihren Führungsaufgaben hinterließ seine Spuren sehr bald in der Wirtschaftsbilanz ihrer Länder. Eine Maßnahme, mit der sie den Folgen schlechten Wirtschaftens und Regierens entgegenzuwirken versuchten, war die gezielte Überbewertung der eigenen Landeswährung bei gleichzeitiger staatlicher Devisen-Bewirtschaftung und Importlizenzierung.

Die offiziell festgelegten Wechselkurse mit starker Überbewertung der eigenen Währung bedeuteten eine künstliche Verbilligung (Subventionierung) der Importe und belasteten gleichzeitig die Exporte mit einer Art verdeckten Ausfuhrsteuer. Durch das Mittel der Importlizenzierung hatten es die Eliten in der Hand, zu bestimmen, wer den Nutzen aus der Importverbilligung ziehen durfte, beispielsweise seine Mercedeslimousine zum halben Preis beziehen konnte. Oder auch den Mercedes- LKW, mit dem man dann im Inland zu den wenigen gehörte, die über Transportmittel und Treibstoffe verfügten, um bestimmte Mangelwaren zu transportieren, die man auf Märkten im Landesinnern als einziger anzubieten und entsprechend teuer zu verkaufen vermochte, etc.

Auf der anderen Seite, der Exportseite, war es die Masse der Kleinbauern, die regelmäßig den Anbau der Exportkulturen, also Kaffee, Kakao, Tee, Zuckerrohr, Baumwolle etc. bewerkstelligten, und die nun durch die Überbewertung der Landeswährung die verdeckte Exportabgabe zu entrichten hatten. Denn, um bei gegebenem Weltmarktpreis konkurrenzfähig zu bleiben, konnte diese Exportabgabe nur zu Lasten des bäuerlichen Erzeugerpreises am Markt durchgesetzt werden. Die verdeckte Exportabgabe – daneben bestanden meist noch offizielle Exportabgaben - brachte dem Staat zusätzliche Steuereinnahmen ein, die wiederum der Finanzierung der subventionierten Importe dienen konnten. An ihnen hatten die Kleinbauern aber nur den geringsten Anteil, etwa dann, wenn sie mit importierten Produktionsmitteln versorgt wurden, was aber selten genug der Fall war. Hier verließ man sich meist auf Spenden aus der Entwicklungshilfe.

In dieser Situation ging bei den Kleinbauern die Motivation zum Anbau der Exportkulturen zurück. Sie zogen es vor, nur noch für den Eigenbedarf zu erzeugen, oder gar die Scholle ganz zu verlassen und in die Slums der Großstädte abzuwandern. In Lateinamerika hatte diese Entwicklung schon etwa zwanzig Jahre früher begonnen. Nun folgte Afrika nach. Auch in Afrika wurden die rasch wachsenden Slums zum sozialen Sprengstoff, und die Regierungen mussten Unruhen befürchten. Vor allem musste die überwiegend arbeitslose Bevölkerung der Slums mit billigen Nahrungsmitteln versorgt werden.

Hier ließen sich die Eliten nun ein weiteres Mal vom Ausland korrumpieren und begingen Verrat an den Interessen der eigenen Bevölkerung. Anstatt die Versorgung der städtischen Bevölkerung durch Anreize zur bäuerlichen Überschussproduktion zu gewährleisten – und damit durch eigene Leistung –, erklärten sie sich bereit, die auf dem Weltmarkt von meist westlichen Lieferländern zu Dumpingpreisen angebotenen Überschüsse ins Land zu lassen. Hinzu kamen in großem Umfang Geschenklieferungen der westlichen Geberländer. Erinnert

sei hier an das in der Food Aid Convention vereinbarte große Nahrungsmittelhilfsprogramm der Vereinten Nationen.

All dies verringerte natürlich um ein Weiteres die Bereitschaft der bäuerlichen Bevölkerung, zu den künstlich verbilligten Inlandspreisen selbst Überschüsse an Nahrungsmitteln für die städtische Bevölkerung zu erzeugen. Es war bequemer, die Scholle zu verlassen, um sich gleichfalls von den verbilligten oder geschenkten Importen zu ernähren, sich mit Altkleiderspenden aus Europa und den USA zu kleiden und sein Dasein mit Gelegenheitsarbeit zu fristen. Ein Teufelskreis war in Gang gekommen. Denn je mehr sich die Slums vergrößerten, desto mehr fehlte den Eliten der Mut zu Eigenleistung und Selbsthilfe.

Sie werden mir jetzt zu Recht die Frage stellen: Was haben Sie und Ihre Arbeitskollegen als Entwicklungshelfer denn während der letzten 25 Jahre in diesem Umfeld getan? War denn alles sinnlos, was sie unternahmen? Und wo blieben die vielen erfolgreichen Entwicklungsprojekte, von denen die Medien immer wieder berichteten?

Nun, die meisten dieser zahllosen Projekte, an denen meine Kollegen und ich mitwirkten, waren - für sich genommen - , tatsächlich erfolgreich.

So haben wir z.B. zehn Jahre lang in Sierra Leone ein Reissaatgutprojekt mit Erfolg geführt. Unser Ziel war, mit einer ertragreichen, lokal gut angepassten Reissorte, die wir als zertifiziertes Saatgut vermehrten, die zahlreichen Kleinbauern im Lande zu beliefern und damit beizutragen, Sierra Leone von seinen wachsenden Reisimporten unabhängig zu machen. Das Konzept war gut, das Projekt war gut geführt, und im Laufe von 10 Jahren hatten 40 % aller Kleinbauern unser verbessertes Saatgut übernommen, was man als guten Erfolg bezeichnen darf. Andere westliche Geberländer flankierten unser Projekt noch mit regionalen Beratungsprojekten bei den Kleinbauern.

Aber in der gleichen Zeit, in welcher wir unser Saatgutprojekt finanzierten und andere westliche Länder es mit ihren Beratungsprojekten unterstützten, boten die gleichen westlichen Länder Sierra Leone Reis zu Dumpingpreisen oder gänzlich geschenkt an, und die Regierung in Freetown scheute sich nicht, unsere Entwicklungsprojekte durch die Annahme solcher Angebote wieder kaputt zu machen. Die Kleinbauern nahmen zwar das Saatgut aus unserem Projekt, aber sie erhöhten damit nicht die Produktion, sondern beschränken sich auf den Eigenbedarf. Das Projekt, das in 10 Jahren rund 30 Millionen DM kostete, blieb somit ein Schlag ins Wasser.

Im Norden der Elfenbeinküste errichteten wir einen Rindermastbetrieb mit angeschlossenem Schlachthof, um die städtische Bevölkerung besser mit lokalem Rindfleisch zu versorgen. Auch dieses Projekt war gut konzipiert und geführt. Aber bald nach dem Start des Projekts wurde den westafrikanischen Ländern billiges Rindfleisch aus EG-Überschüssen zu 3,50 DM/kg angeboten, und die lokalen Regierungen ließen diese Billigangebote ohne Rücksicht auf ihre Eigenproduktion ins Land. Mit solchen Preisen für Rindfleisch konnte unser Projekt nicht konkurrieren und der Schlachthof musste seine Tore wieder schließen... und was aus unserer Arbeit zugunsten der kenianischen Textilindustrie wurde, können Sie sich angesichts unserer Altkleiderspenden selbst denken.

Kenia hatte lange Zeit den Import von Altkleidern verboten. Aber dann kam der Sohn des kenianischen Präsidenten Daniel Arap Moi auf die Idee, mit dem Handel von Altkleidern ein Geschäft zu machen, und sein Vater ließ nun nicht nur den Import von Altkleidern zu, sondern verschaffte seinem Sohn auch noch ein Importmonopol.

Viele sinnvoll geplante und gut geführte Projekte wurden während der letzten 40 Jahre begonnen – zu ihnen gehörten natürlich auch gewaltige Anstrengungen zum Ausbau der Infrastruktur, des Schul- und des Gesundheitswesens – doch das schlechte Regieren der lokalen Eliten hat am Ende jeden nachhaltigen Erfolg vereitelt. Die westlichen Geberländer haben aber nicht nur unsere - überwiegend guten - Projekte finanziert, sondern gleichzeitig das schlechte Regieren dieser Eliten und schlussendlich deren massive Kapitalflucht ins westliche Ausland maßgeblich unterstützt.

Ich kam mir, wenn ich an eine Art ‚Berufserfüllung‘ bei meiner Arbeit dachte und nicht nur an mein Honorar, wie ein Don Quichotte vor, und so ging es auch vielen meiner Kollegen.

So, nun werden sich bei Ihnen viele Fragen angestaut haben. Wir machen jetzt erst einmal 15 Minuten Pause. Danach freue ich mich auf Ihre Fragen und Diskussionsbeiträge.

III. Diskussion

Aus dem Frage- und Antwortspiel, welches sich in den insgesamt 58 Vorträgen wiederholte, kann ich natürlich nur eine Zusammenfassung liefern, wobei ich sowohl die häufigsten als auch die mir am wichtigsten erscheinenden Themen herausgreife.

o Die Übermacht der ‚Caritas‘

Dass die Entwicklungshilfe eine ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ sein sollte, wurde zwar von den Abiturientinnen und Abiturienten ganz überwiegend verstanden und akzeptiert, doch hatten sie im Unterricht der Gymnasien bisher kaum die Frage behandelt, was darunter zu verstehen war. Insbesondere fehlte die Vorstellung darüber, was in diesem Zusammenhang ‚Selbsthilfe‘ bedeutete, und dass bei der Selbsthilfe wirtschaftliches Wachstum und Innovation im Vordergrund stehen mussten.

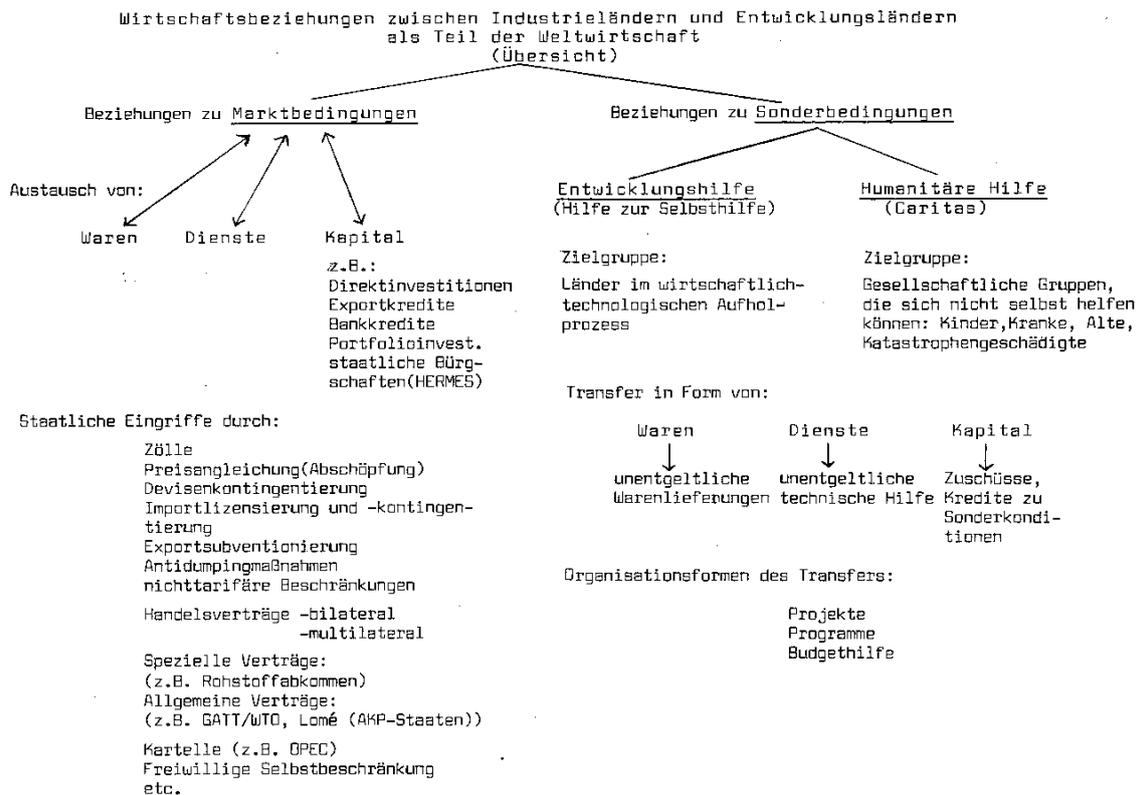
Zu sehr war bei der großen Mehrzahl der Jugendlichen die Meinung verbreitet, dass die Entwicklungshilfe vorrangig mit der ‚Umverteilung‘ von den ‚reichen‘ zu den ‚armen‘ Ländern zu tun habe. Diese Vorstellung ging nicht zuletzt auf den Einfluss politisch linksgerichteter Überzeugungen der Eltern- und Lehrergeneration dieser Schüler zurück, die überwiegend der sogenannten Achtundsechziger-Generation angehörten. Seit den siebziger Jahren hatten linksgerichtete Vorstellungen von der ‚Umverteilung des Reichtums‘ von den reichen zu den armen Ländern nicht nur – wie schon im Vortrag hervorgehoben – die westliche Entwicklungspolitik bestimmt, sondern auch – außerhalb der offiziellen politischen Programmatik – die öffentliche Diskussion in Sachen Entwicklungshilfe. Hier waren es vor allem die sogenannten ‚Dritte-Welt-Gruppen‘, die ihre – ganz überwiegend linksgerichteten - Thesen vertraten, deren Einfluss damals sehr groß war und bis hinein in die Schulbücher reichte. Diese zeitgeistige Strömung hatte auch zur Folge, dass kaum ein Lehrer, der in diesen Jahren Unterricht in Geographie oder Sozialkunde gab, eine Ausbildung zu betriebswirtschaftlichen oder volkswirtschaftlichen Themen erhalten hatte und sie folglich auch nicht im Unterricht weiterzugeben vermochte. Um es auf einen ebenso einfachen wie deprimierenden Nenner zu bringen: Die Grundlagen unserer Sozialen Marktwirtschaft wurden an den Oberschulen so gut wie nicht gelehrt.

Entsprechend erstaunt waren die Schüler, dass die Soziale Marktwirtschaft auch in den Ländern der Dritten Welt den Ausgangspunkt für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung darstellen sollte... und musste.

Schon nach den Erfahrungen der ersten Vorträge war ich mir bewusst, dass ich den Seminarteilnehmern eine Übersicht über die ‚Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern als Teil der Weltwirtschaft‘ liefern müsse. Ich

verteilt daher das nachstehend wiedergegebene Schema vor Beginn der Diskussion an die Teilnehmer und machte dazu ein paar einführende Bemerkungen.

Vor allem versuchte ich die völlig unterschiedlichen Zielgruppen und Zielsetzungen zwischen Entwicklungshilfe und Humanitärer Hilfe (Caritas) zu verdeutlichen. Ich führte aus, dass die ‚armen Länder‘ nicht etwa Länder seien, die sich nicht selbst helfen könnten und daher der ‚Caritas‘ bedürften. Diese Länder hätten sich im Laufe ihrer Geschichte stets selbst zu helfen gewusst. Dies heute anders sehen zu wollen, würde bedeuten, die Entwicklungshilfe des Westens als nicht machbar zu bezeichnen, die ja als ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ die Selbsthilfe der Empfängerländer zur Voraussetzung habe.



Zum Vortrag von Dr. Paul Alexander Schulz

Die ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘, sprich: unsere zahllosen Entwicklungsprojekte, sei aber gerade dadurch konterkariert und in ihrer Effizienz minimiert worden, dass die westliche Exportlobby bei der Korruption der lokalen Eliten maßgeblich mitgewirkt und diese von ihrer wichtigen Führungsrolle bei der Entwicklung ihrer eigenen Volkswirtschaften abgelenkt habe. Die damit verursachte zunehmende Verelendung in der breiten Masse der Bevölkerung dieser Länder habe der westlichen Exportlobby dann das weitere bequeme Argument geliefert, die Alimentation dieser verelendeten Bevölkerung sei nunmehr eine Frage der Caritas, da sich die Bevölkerung in jenen Ländern nicht mehr selbst helfen könne. Zynischer könne man das Problem der Entwicklung dieser Länder nicht mehr behandeln.

Typisch für den inzwischen erreichten Stand in der entwicklungspolitischen Diskussion sei es, dass ein totaler Wirrwarr über die Ziele und die richtige Vorgehensweise unserer Entwicklungshilfe vorherrsche. Die Selbsthilfe und ihr Gegenteil, nämlich die Alimentation von außen seien inzwischen zu einem nicht mehr zu entwirrenden Knäuel verwickelt worden. Gesprochen werde nur noch darüber, wie viel Geld für die armen Länder bereitzustellen sei, wie hoch der Anteil am Bruttosozialprodukt der Geberländer für solche Zwecke zu sein habe, damit den armen Ländern wirksam ‚geholfen‘ werden könne. Was mit dem Geld geschehen solle, ob es der Selbsthilfe dienen solle oder der Alimentation, darüber werde nicht mehr gesprochen.

- Was sollte sich ändern?

Mein hartnäckiges Beharren auf der Unterscheidung zwischen Selbsthilfe und ihrem Gegenteil, der Alimentation von außen, schien die Seminarteilnehmer nun doch etwas zu beeindrucken. Sie stellten mir nun die Frage, was denn geschehen solle, um aus der Misere, in der sich die armen Länder befänden, herauszukommen.

Ich gab zur Antwort:

Die Sache ist sehr einfach. Es würde völlig genügen, wenn der Westen zunächst einmal alle seine negativen Einflussnahmen auf die armen Länder beenden würde. Dann könnten die bisherigen positiven Projekte wieder wirksam werden.

Der Westen muss konsequent die Alimentation mit Gütern, die teils zu Dumpingpreisen, teils gänzlich geschenkt diesen Ländern angeboten werden, auf Null herunterfahren. Man kann allenfalls darüber diskutieren, wie schnell dies in dem einen oder anderen Land bzw. bei dem einen oder anderen Produkt zu geschehen hat.

Was die aktive Bestechung von lokalen Amtsträgern durch westliche Exportvertreter anbelangt, so ist inzwischen wenigstens der Erfolg zu verzeichnen, dass die westlichen Exportländer diese Form der Bestechung unter Strafe gestellt haben. Die Vereinigten Staaten sind dabei vorausgegangen, denn diese hatten im Jahre 1977 die Konsequenz aus den Bestechungsaffären des amerikanischen Flugzeugherstellers Lockheed gezogen und die aktive Bestechung im Ausland unter Strafe gestellt. Und dies ohne Rücksicht auf dadurch entstehende Wettbewerbsnachteile gegenüber den europäischen Ländern. Die europäischen Länder haben jedoch unter Hinweis auf solche Wettbewerbsnachteile weitere 20 Jahre gezögert, wenigstens eine überfällige gesetzliche Regelung zu schaffen. Erst 1998 wurde unter dem Druck der USA eine OECD-Richtlinie verabschiedet, welche den Mitgliedsländern die Einführung der Strafbarkeit aktiver Bestechung im Ausland in die nationale Gesetzgebung zur Auflage machte. Bis zu ihrer Umsetzung dauerte es dann nochmals Jahre.

Ich füge hinzu: mit einer solchen Unter-Strafe-Stellung ist das Phänomen der Korruption natürlich noch keineswegs beseitigt.

Mein Vorschlag, die armen Länder zur konsequenten Selbsthilfe durch den totalen Abbau unserer inzwischen schon weit vorangeschrittenen Alimentation zu bringen, stieß bei Schülern wie Lehrern auf große Skepsis bis Ablehnung. Es überwog die Ansicht, man könne diese Völker ‚doch nicht einfach verhungern lassen‘. Ein Lehrer meinte, eine Ross-Kur für die armen Länder würde nichts helfen und zieh mich ziemlich unverhohlen des Sozial-Darwinismus.

Nun galt es, meine zuvor gemachte Feststellung, die armen Völker Afrikas hätten sich vor Beginn der Entwicklungshilfe über Jahrtausende hinweg stets selbst zu helfen gewusst, an Hand einiger praktischer Beispiele zu belegen:

Zunächst zeige ich Ihnen mit dem Dia-Projektor eine Aufnahme, die ich 1975 während einer Dienstreise im Hochland des Nord-Jemen gemacht hatte, und die den Blick auf eine Gebirgslandschaft freigibt, in welcher die dort ansässige Bevölkerung diese Gebirgslandschaft ohne jede fremde Hilfe von außen in mühevollster Arbeit in eine Terrassenlandschaft verwandelt hatte, um dort auch unter extrem ungünstigen Niederschlagsverhältnissen (unter 400 mm pro Jahr) noch Getreide erfolgreich anbauen zu können. Diese Terrassen hätten auch von deutschen Bauingenieuren und Kulturtechnikern nicht besser angelegt werden können. Frage: Wer oder was hatte die dort lebenden Menschen befähigt, solche Leistungen zu vollbringen? Antwort: Die Not. Und zwar eine Not, in der eine wohlfeile Hilfe von außen nie angeboten wurde.

Als weiteres Beispiel führe ich die Kisii-Region in Kenia an. In dieser rein landwirtschaftlich genutzten Region war die Bevölkerungsdichte schon vor Beginn jeder Entwicklungshilfe extrem hoch. Schon bei meiner ersten Reise in den Kisii-Distrikt im Jahre 1969 erschien mir dieser wie ein einziges riesiges Dorf, so dicht lebten die Menschen beisammen.

Um in dieser stark hügeligen Region das Überleben mit Ackerbau möglich zu machen, mussten die zahlreichen Kleinbauern peinlichst auf die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit achten und darüber hinaus jede Bodenerosion vermeiden. Trotz intensivster Bodennutzung praktisch ohne Brachehaltung durfte aber auch das Brennholz nicht ausgehen. Die Bauern des Kisii-Distrikts entwickelten ohne fremde Hilfe Bodennutzungssysteme, die wir heute – beispielweise in Ruanda – im Rahmen der technischen Hilfe unter dem Begriff ‚Agroforstwirtschaft‘ kopieren und weiterentwickeln.

Auch den Kisii-Bauern hatte niemand von außen das Problem gelöst, dass sich ihnen durch die hohe Bevölkerungsdichte bzw. Landknappheit gestellt hatte. Die einzige Hilfe von außen – wenn man so will – leistete der Nachbarstamm der Massai, der jeden Übergriff auf sein fruchtbares, aber nur ganz extensiv als Naturweide für Rinderherden genutztes Land blutig mit Waffengewalt abzuwehren verstand.

Es scheint mir aber auch wichtig, nicht nur Beispiele aus der Vergangenheit – also aus der Zeit vor Einsetzen der Entwicklungshilfe – aufzuzeigen, sondern auch ein Beispiel aus der jüngsten Zeit und zugleich aus einem Land – Bangladesch -, das zu den ärmsten der armen Länder zählt, in dem die Alimentation von außen bereits einen großen Umfang erreicht hat, und über das sicher viele westliche Beobachter schon bemerkten, in diesem dicht besiedelten und immer wieder von Überschwemmungs-Katastrophen heimgesuchten Land, sei ohne Alimentation nichts zu machen. Hier gab uns ein Angehöriger der tradierten Eliten ein Beispiel dafür, was in einem Land selbst beim ärmsten Bevölkerungsteil alles an Selbsthilfe mobilisiert werden kann. Es war Professor Muhammad Yunus, inzwischen weltbekannt für die erfolgreiche Gründung einer Spar- und Darlehensbank, der Grameen-Bank.

Das bemerkenswerte an seiner Bankgründung war, dass zu Beginn kein Kapital vorhanden war, sondern lediglich Grundsätze, nach denen die Menschen, die Kleinkredite erhalten wollten, zu handeln hatten. Als Anteilseigner wie als Kreditnehmer akzeptierte Yunus nur

Landbevölkerung, die keine Landeigentümer waren, also Land entweder nur pachteten oder ihren Lebensunterhalt als Landarbeiter verdienten, und die somit zu den ärmsten und am wenigsten kreditwürdigen Teilen der Bevölkerung zählten. Was die westlichen Entwicklungs-Experten nicht für möglich gehalten hatten war, dass auch in diesem ärmsten Teil der Bevölkerung durchaus gespart werden konnte. Zu Beginn brachten allein die Landlosen durch ihre Spareinlagen das Kapital der Bank zusammen. Eine weitere Besonderheit bestand in der Solidarhaftung der Kreditnehmer in kleinen Gruppen. Die Kredite wurden grundsätzlich an Gruppen von etwa 5 Personen vergeben, die sich untereinander kannten und solidarisch für die Rückzahlung des Gesamtkredits hafteten. Die Darlehen wurden keineswegs zinslos gewährt, sondern mit 16 % Zinsen belegt, für unsere Verhältnisse extrem hoch, aber gemessen an den in Bangladesch damals üblichen Zinssätzen noch günstig.

Yunus gründete die Grameen-Bank 1976. Bis 1988, also nach 12 Jahren, waren 400.000 Personen in 8500 Dörfern Darlehensnehmer der Bank. Die monatliche Darlehensvergabe lag bei umgerechnet 4,5 Millionen DM. Die Kreditrückzahlungsrate erreichte 98%. Das Geheimnis dieses Erfolges lag nicht bei irgendeinem barmherzigen Stifter, der das Grundkapital der Bank beigesteuert hatte, sondern allein in Verhaltensregeln für Anteilseigner, Sparer und Kreditnehmer.

Aus einem Bericht der Bank aus dem Jahre 1984, in welchem 16 Grundsätze niedergeschrieben sind, erwähne ich nur die folgenden:

- Wir befolgen die vier Prinzipien der Grameen Bank – Disziplin, Einheit, Mut und harte Arbeit – und wenden sie in allen Bereichen unseres Lebens an.
- Wir wollen unseren Familien Wohlstand bringen.
- Wir planen kleine Familien. Wir minimieren unsere Ausgaben. Wir kümmern uns um unsere Gesundheit.
- Wir erziehen unsere Kinder und stellen sicher, dass sie Geld verdienen können, um ihre Ausbildung zu bezahlen.
- Wir tun niemand Unrecht und lassen nicht zu, dass uns Unrecht angetan wird.
- Wir sind immer bereit, einander zu helfen. Wenn jemand in Schwierigkeiten ist helfen wir alle.
- Wenn wir von einem Verstoß gegen die Disziplin in einem Zentrum hören, gehen wir dorthin und helfen, die Disziplin wiederherzustellen.

Aus diesen Grundsätzen wird folgendes deutlich: Für den Erfolg einer Investition sind nicht die finanziellen Mittel maßgebend, die von außen bereitgestellt werden, sondern die Mobilisierung produktiver Kräfte in der Gesellschaft. Sind diese mobilisiert, so verfügen diese – selbst bei großer Armut – auch über die Fähigkeit, das für die Investition erforderliche (Spar)kapital beizubringen. Finanzielle Hilfe von außen ist eher dazu angetan, die Mobilisierung solcher Kräfte zu kompromittieren.

Nach dem überwältigenden Erfolg seiner Arbeitsweise erschienen bei Yunus - wie man sich denken kann – Vertreter der Weltbank und boten ihm Geld an, um die Darlehensvergabe seiner Bank stark ausweiten zu können. Dazu sagte Yunus in einem Interview: ‚Die Weltbank wollte uns einen großen Kredit zur Verfügung stellen. Aber die Art und Weise, wie er uns vorgelegt wurde, hat uns erschreckt. Es war ein immenser Betrag, um den wir gar nicht gebeten hatten. Da haben wir gedacht: Lassen wir es lieber langsam angehen, wie wir es bisher getan haben, damit wir nicht auf die schiefe Bahn geraten.‘

Mit den Prinzipien Disziplin, Einheit, Mut und harter Arbeit kann man selbst Katastrophen erfolgreich begegnen. Zu den verheerenden Überschwemmungen in seinem Lande sagte Yunus: ‚Wir kämpfen gegen die Naturgewalten und gegen die nachteiligen Bedingungen, unter denen wir leben müssen. Das ist eine gute Basis, von der man beginnen kann.‘

Ich hätte noch weitere Beispiele nennen können, aber resümierte jetzt:

Die Unterstellung, ohne unsere westliche Hilfe kämen andere Völker dieser Erde nicht aus, ist auf doppelte Weise extrem schädlich und daher abzulehnen.

Einmal verletzt sie die Würde fremder Völker – auch jener, welche nur Kleinkulturen hervorgebracht hatten – , weil sie in der Vergangenheit stets ohne fremde Hilfe zurecht gekommen sind. Ihnen die Fähigkeit zu ausreichender Selbsthilfe abzusprechen, hieße, ihnen die kulturelle Identität zu rauben, denn diese zeigt sich gerade daran, dass die Völker auch in Notlagen die Fähigkeit beweisen, sich selbst helfen zu können.

Zum anderen ist es eine höchst gefährliche Illusion, wenn wir den Empfängern unserer ‚Hilfe‘ suggerieren, wir könnten sie unbegrenzt weiter alimentieren, unabhängig von ihren eigenen Selbsthilfeanstrengungen und unabhängig von ihrem weiteren Bevölkerungswachstum. Das Ende einer solchen ‚Geber‘-Politik ist absehbar, und das Ende wird sein, dass die armen Völker im Stadium ihrer größten Not, in die sie durch ein passives Sich-auf-uns-Verlassen geraten sind, ohne jegliche Hilfe dastehen werden, weil wir die Mittel zur weiteren Alimentation nicht mehr aufbringen können.

Ich fuhr weiter fort

Natürlich genügt es nicht, dass die Eliten in den armen Ländern aufhören, sich bestechen zu lassen. Wenn Ihnen aber die Möglichkeit hierzu konsequent genommen worden ist, werden sie ganz automatisch darüber nachdenken, was sie unternehmen können, um auf andere Weise reich zu werden ohne die Führung im Lande zu verlieren. Zwangsläufig werden sie dann privatunternehmerisch tätig werden müssen und zwangsläufig werden sie als Staatsbeamte auch für faire Wettbewerbsbedingungen und Rechtsstaatlichkeit in ihren Ländern als Voraussetzung für eine rasche wirtschaftliche Belebung sorgen müssen.

Zu solchen Überzeugungen der Eliten führt aber nur die blanke Not, die keinen anderen Ausweg mehr lässt, aber auch der eigene Stolz, der ihnen sagt: Wir wollen es aus eigener Kraft erreichen, auch unser Volk kann es, und wir müssen dabei vorangehen. Unsere Vorfahren konnten es, warum sollten wir es nicht auch können! Es ist eine Schande, dass wir unsere Aufgaben so vernachlässigt haben und uns am Ende nichts anderes einfällt, als die Kapitalflucht in harte Währungen.

Ich erinnere daran, wie sich Japan der Aufgabe eines technologischen Aufholprozesses bereits im 19. Jahrhundert gestellt hatte. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte die amerikanische Flotte Japans Öffnung seiner Wirtschaft und seiner Seehäfen gegenüber dem Ausland – gegen das es sich bis dahin lange Zeit abgeschottet hatte – gewaltsam durchgesetzt. Die japanischen Eliten standen nun vor der Frage, ob sie sich in zunehmende wirtschaftliche und gesellschaftliche Abhängigkeit vom westlichen Ausland bringen lassen sollten, oder ob sie nicht lieber ihre und ihres Volkes Selbständigkeit auch weiterhin gewährleisten wollten. Sie entschlossen sich zu Letzterem und waren sich darüber im klaren, dass dies in erster Linie einen technologischen Aufholprozess bedeuten würde. Sie entsandten ihre begabtesten Studenten zum Studium westlicher Naturwissenschaften, insbesondere aber der Ingenieurwissenschaften ins westliche Ausland und das Ergebnis dieses Selbstbehauptungswillens war nicht nur, dass Japan schon bis Ende des 19. Jahrhunderts die beherrschende Großmacht im pazifischen Raum wurde, sondern dass es Japan nach der Niederlage im II. Weltkrieg verstand, sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur größten Welthandelsnation emporzuarbeiten. Und seit zwanzig Jahren kann man in Deutschland kaum einen Fotoapparat kaufen, der nicht aus japanischer Produktion stammt.

Bei der Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft auf den technologischen Aufholprozess hatten die japanischen Eliten offenbar etwas von vornherein berücksichtigt, das die

afrikanischen Eliten versäumten: Sie hatten systematisch Bildungsreserven in ihrem Lande mobilisiert und dabei breite Bevölkerungsschichten mit berücksichtigt, ihnen also den sozialen Aufstieg ermöglicht. Der Weg zum Aufstieg wurde zudem von vornherein auf den technologischen Aufholprozess hin orientiert.

Auch in Afrika wurden während der letzten 40 Jahre Bildungsreserven gefördert. Aber die Eliten verharrten auch hier wieder bei ihrem gewohnten Desinteresse gegenüber ausführender Arbeit und deren Technologie. Eine Attitüde, die auch die meisten Studenten bereitwillig übernahmen und die in der Überzeugung gipfelte: Ein studierter Mann befasst sich nicht mit ausführender Arbeit. Er ist schon mit Abschluss seines Studiums ein ‚Chef‘ geworden. Ein Chef aber macht sich nicht die Hände im Umgang mit Maschinen schmutzig. Man ließ die jungen Studenten nach Belieben geisteswissenschaftliche Fächer studieren. Dagegen fanden die Ingenieurwissenschaften weder besonderes Interesse, noch wurden die Stipendien auf diese Fächer hin konzentriert.

Hinter diesem Verhalten lag nicht etwa ein Mangel an technischer Begabung. Auf meinen Reisen in Afrika war ich häufig Zeuge, mit welch primitiven Werkzeugen und Geräten angelernte Hilfskräfte, die meist nicht lesen und schreiben konnten, eine große Geschicklichkeit beim Reparieren von Kraftfahrzeugen an den Tag legten. Ich sagte mir: was könnten diese ungelerten Hilfskräfte alles leisten, wenn sie systematisch gefördert würden?

Worin sollte diese Förderung bestehen?

Wir kommen damit auf ein Thema zu sprechen, das in Deutschland eng mit dem Begriff ‚Duales Bildungssystem‘ verbunden ist. Ein System der Berufsausbildung, dessen Lehrplan ein ausgewogenes Verhältnis zwischen theoretischer Grundlegung und praktischer Anwendung - letztere möglichst in Betrieben der späteren Berufsausübung - gewährleistet.

Dieses System ist in Deutschland nicht neu, aber erst vor etwa 20 Jahren schien man es in der entwicklungspolitischen Diskussion zu entdecken. Dabei war es auch in Afrika eigentlich kein Novum. Denn schon die seit langem im Afrika tätigen Missionsstationen hatten nach diesem Prinzip handwerkliche Ausbildung in den verschiedensten Berufen durchgeführt. Auch im Rahmen der staatlichen Entwicklungshilfe der Bundesrepublik wurde Berufsschul-Ausbildung gefördert. Besonders engagierte sich hierbei das Land Baden-Württemberg mit einem eigenen Programm.

Aber der Erfolg dieser Anstrengungen in der sich anschließenden Berufs a u s b u n g scheiterte meist an einer Barriere, die auch durch eine praxisnahe Ausbildung nicht zu überwinden war, nämlich an einer gesellschaftlichen.

Denn zwischen dem angelernten Hilfsarbeiter einerseits und dem afrikanischen Ingenieur – soweit es ihn überhaupt gibt – klafft bis heute ein Vakuum. Es fehlt der gesellschaftliche Mittelstand, der die ganze Spannweite vom Spezialarbeiter über den Meister als Chef und Inhaber eines selbständigen Handwerksbetriebes, den Meister und Betriebsingenieur als Angestellter eines privatwirtschaftlich geführten Industriebetriebes ausfüllen müsste, aber bis heute nicht ausfüllt. Diese Lücke in der Gesellschaft kann nur durch ‚Aufstieg von unten‘ geschlossen werden, denn die tradierten Eliten - von der Staatsspitze bis hinunter zur Dorfebene - scheuen sich, exekutive Arbeit, deren Organisation und Technisierung selbst anzuleiten, da sie dies aus ihrem tradierten Chefverständnis heraus nie zu beherrschen trachteten. Für sie zeichnet sich ein Chef nicht dadurch aus, dass er sich in moderner Technologie auskennt, sondern einfach dadurch, dass er die Macht ausübt, gleichgültig auf welcher Ebene. Beherrschung der Technik dagegen ist Angelegenheit der untersten gesellschaftlichen Gruppen. Früher waren sie häufig Sklaven, heute sind es deren Nachkommen. Aus dieser Diskrepanz heraus fällt es den Chefs in der afrikanischen Gesellschaft bis heute außerordentlich schwer, den Aufstieg begabter und engagierter Angehöriger der untersten Gesellschaftsschicht hin zu einem gesellschaftlichen Mittelstand zu akzeptieren, der auch seine eigenen Betriebe gründet. Aber die tradierten afrikanischen Eliten befinden sich diesbezüglich bereits auf dem Rückzug. Zu sehr hat die moderne westliche Technologie den afrikanischen Kontinent bereits erfasst, und

auf seine Vorzüge - insbesondere die Motorisierung - wollen die Eliten auch keineswegs verzichten. Sie sind durchaus nicht technikfeindlich. Spätestens mit den Voranschreiten moderner Elektronik, dem Fernseher, dem Computer, dem Mobiltelefon, etc. ist der Moment gekommen, wo die jüngere Generation aus den Elitefamilien ihre überkommene Attitüde gegenüber moderner Technologie aufgeben wird, weil sie erkannt hat, dass sie sonst jede Macht verlieren würde.

Mit der Verbreitung moderner Technologie lässt sich auch das Emporkommen einer Mittelklasse gar nicht mehr aufhalten. Dieser Vorgang ist in Afrika bereits seit gut zehn Jahren im Gange mit einem von Land zu Land unterschiedlichen Tempo.

Die Vision von einer Selbsthilfe der Völker des afrikanischen Kontinents ist also durchaus realistisch und der aufkommende Mittelstand wird der beste Bundesgenosse bei dieser Entwicklung sein. Man darf diesbezüglich durchaus optimistisch in die Zukunft blicken. Es braucht alles seine Zeit. Freilich wäre Afrika heute schon viel weiter, wenn nicht westliche Exportlobby im Verein mit linksgerichteten Entwicklungstheorien den tradierten Eliten massiv geholfen hätten, vor ihrer Führungsaufgabe auszuweichen. Fünfzig Jahre wurden damit vertan. Aber Afrika – da bin ich zuversichtlich – wird den Anschluss finden und die versäumte wirtschaftliche und soziale Entwicklung nachholen.

IV. Schlussbemerkung

Diesem Vortrag, letztmals vor Abiturienten 2002 gehalten, fügte ich im Jahre 2009 eine erste Schlussbemerkung hinzu. Heute, inzwischen schreiben wir das Jahr 2023, ist diese Schlussbetrachtung nicht mehr aktuell. Doch der Vortrag selbst hat bis heute seine Aktualität nicht verloren. Die „Hausaufgaben“ der drei Hauptakteure bei der Entwicklung der Länder Afrikas, nämlich der lokalen Eliten, der westlichen Vordenker und der westlichen Exportvertreter, sind bis heute nicht erledigt.

Zwei Einflüsse auf die Wirtschaft und Gesellschaft der Länder Afrikas haben inzwischen ein größeres Gewicht bekommen.

Zunächst betrifft dies das Auftreten der neuen Großmacht China. Es geht ihr um den Import von Energie und vor allem von wichtigen Rohstoffen bei der Entwicklung moderner Technologie.

Die Verträge, die China mit seinen afrikanischen Partnern abschließt, haben stets den gleichen wesentlichen Inhalt: China errichtet wichtige infrastrukturelle Anlagen und gewährt dem afrikanischen Vertragspartner einen langfristigen Kredit, den dieser mit der Lieferung von Energie oder Rohstoffen begleicht.

China beeindruckte bisher meist mit einer sehr zügigen Fertigstellung der infrastrukturellen Anlagen, hinter der die westlichen Geberländer mit ihrer bürokratischen Schwerfälligkeit deutlich zurückblieben. Dies lag vor allem daran, dass China die infrastrukturellen Anlagen nahezu ganz mit eigenem Personal erstellte. Einen positiven entwicklungspolitischen Effekt hatte dieses Vorgehen freilich nicht. Es wurden weder lokale Fachkräfte geschult, noch lokale Privatunternehmen herangezogen, oder gar Anreize für deren Gründung gegeben.

Einen ausgesprochen negativen Effekt hatte das Auftreten Chinas auf die lokalen Eliten. China war es egal, ob und in welchem Umfange sich diese bei Durchführung der Investitionen persönlich bereicherten und welche Vorteile für die einfache Bevölkerung übrigblieben, wenn das Land seine Vorräte verkauft hatte. Ein Beispiel für die Kleptomanie seiner Eliten liefert Angola. Die Berichterstattung in den Medien gibt darüber Aufschluss.

Das zweite Problem betrifft die massive Abwanderung der Bevölkerung aus Afrika und dem Vorderen Orient. Dieses Problem ist nicht neu. Schon in meiner Veröffentlichung von aus dem Jahre 1992: „Heimat oder Asyl? Ein Beitrag zur Entwicklungspolitik“ (heute als E-Book erhältlich) schrieb ich auf Seite 180:

„Jeder Bürger, der in einem der zahlreichen Staaten der „Dritten Welt“ heute demokratische Rechte wie Rede- und Versammlungsfreiheit demokratische Wahlen und eine demokratisch legitimierte Regierung öffentlich fordert, sieht sich schon morgen politischer Verfolgung ausgesetzt und könnte übermorgen bei uns einen begründeten Asylantrag stellen. Millionen und Abermillionen hätten solche Anträge während der vergangenen Jahre stellen können. Was sie allein davon abgehalten hat, ist der Gleichmut, mit der sie bislang ihre Situation ertragen, ist die Liebe und Verbundenheit mit ihrer Heimat und ihren Menschen. Aber Gleichmut und Ausdauer sind Grenzen gesetzt. Und könnten wir sie aufnehmen, wenn sie mit begründeten Anträgen kämen?

Selbst wenn wir während der nächsten 20 Jahre in Westeuropa die extrem hohe Zahl von 100 Millionen Afrikanern aufnahmen, wären dies dann gerade 10% der Bevölkerung Afrikas...

Wer je geglaubt hat, die Aufnahme von Ausländern könne etwa die Not ihrer Heimatländer lindern helfen – tatsächlich ist das Gegenteil der Fall – wird vor diesen simplen Zahlenrelationen kapitulieren müssen... Wir müssen vielmehr alles in unserer Macht stehende unternehmen, damit in der Welt Verhältnisse herrschen, die eine politische Verfolgung oder Massenelend mit der Folge von Flucht und Asylantrag ausschließen.“

Dies ist nur ein knapper Auszug aus den Vorschlägen, die ich 1992 machte, die aber nicht beachtet wurden.

Inzwischen ist die unkontrollierte Zuwanderung nach Westeuropa allein schon aus Afrika und dem Vorderen Orient auf ein Maß angestiegen, das drastische Einschränkungen des Asylrechts zumindest für einige Jahre unerlässlich macht.

In diesem Zusammenhang abschließend folgende Anmerkungen:

- Die Probleme afrikanischer Menschen lassen sich nicht überwinden, wenn man mit der Seenot-Rettung beginnt. Beginnt man erst hier, führt dies nur zu einem weiteren Anstieg der Immigration verbunden mit vermeidbaren Opfern.
- Der Fokus ist allein auf die Herkunftsländer in Afrika zu richten. Was dort zu geschehen hat, wurde im Vortrag klar dargestellt und begründet. Was dabei ganz in deutscher Hand liegt, ist der Zeitgeist der 68er-Generation verbunden mit dem Abladen unserer Überschüsse, der nun – wie der Bundeskanzler so treffend formuliert hat – an einer „Zeitenwende“ steht. Es gilt nun, die Zeitenwende auch tatsächlich zu vollziehen.
- Es wird häufig seitens der Entwicklungsländer und einiger Schwellenländer wie Brasilien die These vertreten, die reichen industrialisierten Länder seien die Hauptschuldigen an der Erderwärmung durch ihren hohen Co2 Ausstoß und müssten daher den Entwicklungsländern eine finanzielle Entschädigung zahlen. Dies ist eine sehr einseitige Ansicht. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass die Abholzung der Regenwälder, die schon mindestens seit 50 Jahren praktiziert wurde, an der Erderwärmung ebenso beteiligt ist. Anstatt Geld zu fordern, das dann in dunklen Kanälen versickert, muss jede Seite das ihre zu einem Stopp der Erderwärmung beitragen. Was den Einsatz von Photovoltaik und Windkraft anbelangt sind viele

Regionen Afrikas besonders günstig gelegen und haben diesen Vorteil bisher nur wenig genutzt. Auch in den afrikanischen Ländern wurde die Motorisierung des Verkehrs während der letzten 50 Jahre ohne Rücksicht auf die Umweltbelastung stark vorangetrieben.

- Die unausweichliche drastische Einschränkung der Immigration in die westeuropäischen Länder lässt sich m. E. weder auf der Ebene der Vereinten Nationen, noch auf der Ebene der Euro-päischen Union rasch vereinbaren.

Grundsätzlich sind gesetzlich fixierte Menschenrechte wie das Asylrecht nichts Gottgegebenes, sondern Menschenwerk und daher wie alles von Menschen Geschaffene fehlerhaft, vor allem dann, wenn es Probleme nicht oder nicht mehr zu lösen imstande ist. Das gilt natürlich auch dann, wenn dieses Recht zuvor durch Zweidrittel-Mehrheit Verfassungsrang erhalten hat.

Auf der Ebene der EU würde voraussichtlich keine Mehrheit bzw. Einstimmigkeit über gemeinsame Maßnahmen zur wirksamen Eindämmung der Immigration zustande kommen.

Daher sollten jedem Mitgliedsstaat der EU als Notmaßnahme für fünf Jahre das autonome Recht zugestanden werden, über Art und Umfang der Immigration in sein Land allein zu entscheiden und Maßnahmen zur Sicherung seiner Grenzen zu treffen.

Das Schengen-Abkommen hat tatsächlich nie funktioniert, um illegale Immigration an den Außengrenzen abzuwehren.

Auf Ebene der UNO und der EG sollten in diesen 5 Jahren neue praktikable Asylgesetze verabschiedet werden.

- Während des fünfjährigen Notstands sollte Asyl nur in Ausnahmefällen gewährt werden, denn die Hilfe sollte sich vor allem auf entwicklungsfördernde Maßnahmen im Herkunftsland des Asylsuchenden konzentrieren.
Ein Asylantrag sollte nur im Herkunftsland gestellt werden können und zwar bei der Botschaft des Landes, in welchen der Antragsteller Asyl begehrt.
Bei jedem Antragsteller sollte geprüft werden, ob er für eine handwerkliche oder technische Ausbildung nach dem bereits beschriebenen Dualen Ausbildungssystem geeignet ist.
Eine solche Ausbildung könnte im Rahmen der Technischen Hilfe von uns finanziert und durch Gestellung von Lehrkräften und Ausrüstungen flankiert werden. Alles würde selbstverständlich nur im Herkunftsland des Antragstellers durchgeführt werden.
Ebenso wichtig wie die Ausbildung nach dem Dualen System ist die erfolgreiche Eingliederung des Ausgebildeten in eine selbständige Betriebsgründung.
Die Regierung des Empfängerstaates unserer Technischen Hilfe sollte sich verpflichten, hierfür die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.
- Es wäre nicht sinnvoll, Asylsuchende aus Afrika und dem Vorderen Orient mit guten Fachkenntnissen bei uns zu beschäftigen, da sie in ihren Herkunftsländern dringend benötigt werden.
- Eine besonders schädliche Entwicklung hat sich während der letzten Jahre durch das Eingreifen Putins in Afrika und dem Vorderen Orient ergeben.

Sie begann 2015 mit dem Bürgerkrieg in Syrien. Durch militärisches Eingreifen Putins zur Machterhaltung des Diktators und Kriegsverbrechers Baschir al-Assad, konnte Putin testen, wie der Westen hierauf reagieren würde. Der Westen hätte damals ohne weiteres, Putin durch Androhung militärischen Eingreifens, zum Rückzug aus Syrien bringen können, denn er war damals militärisch viel zu schwach, um sich auf eine militärische Auseinandersetzung mit dem Westen einzulassen. Assad hätte Syrien verlassen müssen und millionenfaches Leid wäre der syrischen Bevölkerung erspart geblieben.

Statt dessen nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel 2015 die exorbitant hohe Zahl von 2,14 Millionen Flüchtlinge in Deutschland auf. Auch in den folgenden Jahren konnte sie die Zahl der Immigranten nur dadurch deutlich verringern, indem sie dem türkischen Präsidenten Erdogan Milliardenbeträge bezahlte, damit er syrische Flüchtlinge in der Türkei aufnahm.

Die mangelnde Bereitschaft des Westens Putin zum Rückzug zu bringen, ging vor allem auf die pazifistische Haltung in Deutschland zurück („Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“), und die totale Vernachlässigung der Bundeswehr seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1989.

Putin wusste nunmehr, dass er nahezu unbemerkt seine Ölmilliarden in militärische Hochrüstung investieren könne. Die Krim konnte er ohne nennenswerten Widerstand annectieren.

Aber auch in zahlreichen Ländern Afrikas begann er durch den Einsatz von Söldnertruppen, dort herrschende Spannungen zu offenen Bürgerkriegen zu steigern, wobei er Flüchtlingswellen in Richtung Europa auslöste.

In zahlreichen Ländern Afrikas ist es inzwischen unmöglich geworden, Entwicklungsprojekte durchzuführen. Dies gilt vor allem für die Sahelländer Mali, Burkina Faso, Niger, Libyen und den Sudan.

Putin bekämpft heute den Westen nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Afrika.

- Während der 5 Jahre Notstand könnte sich die Immigration in Richtung Westeuropa deutlich vermindern und die Eliten in den Heimatländern dazu bewegen, sich mehr auf die eigenen Kräfte zu verlassen.
Bei der Neuregelung des Asylrechts auf Ebene der Vereinten Nationen und der EG, wird man neben Rechten auch Pflichten in die Gesetzgebung aufnehmen müssen, um das rechte Maß für ein Asylrecht zu finden.

Dr. Paul Alexander Schulz
Ulm, im Oktober 2023